

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gepaltene Zeitspaltze oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Herr Constans, der Gesellschaftsverfechter.

Die Leser unseres Blattes sind durch ausführliche Pariser Berichte über die neueste Heldenthat des französischen Ministers des Innern unterrichtet. Sie wissen, daß der Minister des Innern, um dem zarischen Despotismus gefällig zu sein und als Paladin des Bürgerthums sich mit Ruhm zu bedecken, eine Anzahl Russen und Polen verhaften ließ. Die Reptilienpresse und die sensationslustigen Journale beeilten sich, wie das so Brauch bei den Organen der „anständigen Leute“, im Dienste der Reaktion ihrem Publikum eine Schauer-, Räuber-, Dynamit- und Verschwörungsgeschichte nach der anderen aufzuwickeln und sie das Gruseln vor dem rothen Gespenst zu lehren.

Die Leichtgläubigkeit und der hervorragende Mangel an Muth, welche die Bourgeoisie auszeichnen, machten dieselbe wieder einmal zu den gelehrigsten Schülern; sie gingen — mit innigstem Behagen sahen es die pfiffigen Vogelsteller an der Seine und an der Newa — sofort als teute Simpel auf den Leim und begrüßten Herrn Constans, einen der widerlichsten und geistlosesten Prozen, der je ein französisches Ministerportefeuille besessen, als „Vater des Vaterlandes“, als Retter der in ihren Grundfesten beschwankten bürgerlichen Gesellschaft. Das ist derselbe Minister, der sich solch eine unsterbliche Blamage am 1. Mai dieses Jahres geholt hat, als er die friedfertigste und kulturfreundlichste proletarische Demonstration, die man sich denken kann, die für den Achtstundentag, mit dem Massenauflauf von Polizisten, Kanonieren, Dragonern und Fußvolk zu beantworten für gut fand. Die Arbeiter thaten dem eblen Mann, der den Säbel hauen, die Flinte schießen lassen wollte, natürlich nicht den Gefallen, sich zu Gunsten des Geldsacks prowozieren und niedermeheln zu lassen.

Um so eifriger ergriff jetzt der Bürgerminister die Gelegenheit, zwei Fliegen mit einem Schlage zu treffen, einerseits das Lob der für ihre Rente zitternden Philister einzuernten und seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, auf der anderen Seite sich vor „Väterchen“ platt auf den Bauch zu werfen, ihm den Staub von den Stiefeln zu lassen, das Nyltrecht der Republik und die mit Gut und Blut des Volkes erkaufte freiheitlichen Einrichtungen schamlos zu prostituieren.

Herr Constans und seine Spießgesellen von der Polizeipräfektur wußten von vornherein, daß sie eine schone Komödie auführten, über deren Poffenhaftigkeit sich aber nur die fatte Tugend der Großbürger täuschen

konnte und voraussichtlich auch täuschen wollte, sie waren sich klar darüber, daß schließlich der kreisende Berg ein lächerliches Mänslein gebären, daß die frech aufgebauschte Beschuldigung sich als unbegründet erweisen und der Monstreprozen in ein Bagatell-Verfahren ausmünden würde. Aber Constans mußte nicht Polizeiminister, und was für ein Polizeiminister sein, um sich durch derartige Bedenken aufhalten zu lassen. Sein zärtliches Gewissen wird durch solche Kleinigkeiten nicht berührt, und ist der erstrebte Zweck erreicht, so kümmert er sich nicht darum, ob die angewendeten Mittel besonders reinlich und zweifelsohne gewesen.

Zuerst Massenverhaftungen, bald darauf Freilassungen. Zuerst die erlogensten Nachrichten von Höllemaschinen, gefüllten Bomben, Sprengstoff-Magazinen, Dynamit-Laboratorien, kurz ein wahrer Höllebreughel schauerlicher Morthaten. Dann stellt sich heraus, daß die unschuldigsten Droquen, daß Arzneimitteln, wie das während der Influenza-Seuche so viel gebrauchte Antipyrin, daß Retorten und Gläser, wie sie jeder Chemiker benützt, von der Polizei beschlagnahmt worden sind, daß sie mit glühendem Eifer Apparate, deren dicke Staubkruste jeden Verdacht einer Benützung verschleichen mußte, fortgeschleppte, um eben Lärm zu machen und den Spießbürgern Sand in die Augen zu streuen. Leute, die gar nicht politisch thätig gewesen sind, wurden verhaftet, Personen, die sich gar nicht kennen, gemeinsamen Unternehmungen angeklagt, polnische Sozialisten, deren Bewegung zu der großrussischen gar keine Beziehungen hat, mit den Anhängern der alten Narodnaja Wolja-Partei (Partei des Volkswillens) über einen Kamm geschoren.

Schon jetzt dürfte feststehen, daß im aller schlimmsten Falle eine Anklage wegen unerlaubten Besitzes von Sprengstoffen — auch Frankreich hat sein Dynamitgesetz — gegen einige der Gemäßigten herauskommt; ob eine Verurtheilung, das steht aber auf einem anderen Blatte. Man darf nicht vergessen, daß das Lockspiegelthum auch in Frankreich eine hervorragende Rolle in der bürgerlichen Staatsmoral spielt. Wir erinnern an die Aufsehen erregenden Enthüllungen des früheren Pariser Polizeipräfekten Andrieux, der jetzt in der Deputirtenkammer sitzt. Derselbe erzählte mit einer geradezu naiven Frechheit, daß er als Polizeipräfekt durch seine Agenten künstlich anarchistische Krawalle habe hervorrufen lassen, ein anarchistisches Blatt — nicht die „Freiheit“, Herr v. Puttkamer! — mit Geld unterstützt und Louise Michel und mehrere Andere mit diabolischer Schlaueit in einen Prozen verwickelt habe. Man wird also gut thun, auch diesmal die

Augen offen zu halten, da das System Constans das System Andrieux zur nothwendigen Voraussetzung hat.

Die Thatsache, daß der Minister der französischen Republik als Bedienter des russischen Absolutismus gehandelt hat — er kann sich für diese Lakaienrolle auf „berühmte Muster“ in anderen Ländern berufen — diese Thatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Es lag der russischen Regierung daran, die russisch-polnische Kolonie von politisch Anrühigen, von Flüchtlingen, von Verdächtigen einzuschüchtern und Einblick in die Beziehungen derselben zu ihrer Heimath zu gewinnen. Deshalb die Beschlagnahme aller Briefschaften! Wenn der Constans erklären läßt, daß diese Briefe nicht an Rußland ausgeliefert würden, so ist das, wie der ganze Mensch, eine elende Heuchelei. Wozu Urkunden ausliefern, wenn man sie sorgfältig photographiren läßt und die Photographien den zarischen Schergen in die Hände spielt! Es läßt sich nur ahnen, welches furchtbare Unheil über Hunderte und Aberhunderte ehrlicher, freisheitsliebender Männer und Frauen durch diesen sauberen Streich gebracht wird. Wehe denen, die im Machtbereich der russischen Polizei sind. Der Tod am Galgen ist wünschenswerther, als die teuflische Qual der sibirischen Bergwerke. Durch die ganze zivilisirte Welt ging ein Schrei der Entrüstung, als der edle Amerikaner Kennan die Gräuel der sibirischen Gefängnisse, das Martyrium der Verbannten in den Goldgruben von Kara enthüllte. Herr Constans macht sich zum Mitschuldigen, zum Helfershelfer der russischen Mißwirtschaft. Selbstverständlich ist es, daß die Pariser Verhafteten den Boden Rußlands für immer meiden müssen, wenn sie nicht in der Peter-Paulsveste oder in Transbaikalien zu Grunde gehen wollen. Selbstverständlich ist es, daß Herr Constans die auf ihren Broterwerb Angewiesenen, Studenten oder Handwerker, auf's ärgste geschädigt, ja zum Theil ruiniert hat.

Aber was macht das? Um sein Haupt weht die Gloriole der Staatsritterei, und das Parenthum, der tödtliche Feind der Kultur und der Freiheit, giebt dem ministeriellen Jhring-Mahlow sicherlich die „eklatanteste Genugthuung“.

6. Sitzung der Arbeiterschutz-Kommission.

Dienstag, 10. Juni.

Vorsitzender Graf Ballestrem ermahnt die Mitglieder der Kommission zu ermöglicher Abkürzung der Debatten, damit wo möglich vor der in Aussicht stehenden Vertagung wenigstens die erste Lesung fertig werde.

— Sie sind heute zeitlich fort. Man hatte Ihr Fortgehen in der Abtheilung bemerkt und ist wüthend über Sie. Er sprach von Bourdonelle und den übrigen Interessirten als ob er nicht der Herr gewesen wäre.

— Wirklich? murmelte Bouthemont beunruhigt.

— Ja, ja, ich habe mit Ihnen zu reden. Warten Sie auf mich, wir werden miteinander fortgehen.

Henriette hatte sich mittlerweile gesetzt und hörte Ballagnose an, der ihr die Visite der Madame de Boves ankündigte. Aber sie ließ Mouret nicht aus den Augen. Dieser war jetzt stumm geworden, betrachtete verlegen die Möbel und schien am Plafond etwas zu suchen. Dann, als sie sich lachend beklagte, daß sie nur mehr Herzen bei ihrem Thee sieht, vergaß er sich so weit, daß er andrieß:

— Ich hoffte den Baron Hartmann bei Ihnen zu finden.

Henriette erbleichte. Sie wußte ohne Zweifel, daß er zu ihr nur kam, um den Baron zu treffen, aber was nöthigte ihn, die Gleichgiltigkeit ihr so ins Gesicht zu schlendern? In diesem Augenblick ward die Thür geöffnet und der Diener erschien auf der Schwelle. Sie befragte ihn mit einem Blick; er trat näher und flüsterte ihr zu:

— Es ist wegen des Mantels. Madame haben mir befohlen, Sie zu benachrichtigen, daß Fräulein ist da.

Doch Henriette sprach jetzt laut, so daß man sie hören mußte. Ihre ganze Eiferucht rächte sich in folgenden mit geringschätiger Trockenheit hervorgehobenen Worten:

— Sie soll warten.

— Sollen wir sie in das Cabinet von Madame führen?

— Nein, sie soll im Vorzimmer bleiben.

Fenilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Und er schilberte ihr aufgeräumt den Born des guten Mannes, der über die großen Pariser Bazaars im Dunkel seiner kleinen Provinz wüthete. Der alte Bouthemont, den die 30 000 Frank's, die sein Sohn jährlich verdiente, vor Reich erfinden ließen, hatte ihm geantwortet: daß er sein Geld und das seiner Freunde lieber den Spitalern schenken würde, als daß er auch nur mit einer Centime zu diesen Magazinen beitragen sollte, welche nichts Anderes seien, als Wandhäuser des Handels.

— Uebrigens brauchte man Millionen zu diesem Unternehmen, schloß der junge Mann.

— Und wenn man sie fände? sagte ganz einfach Madame Desforges.

Er schaute sie an, plötzlich ernst geworden. War das nur eine Nebenart einer eifersüchtigen Frau? fragte er sich. Allein sie ließ ihm nicht Zeit, sie zu befragen, sondern fügte hinzu:

— Kurz, Sie wissen, wie sehr ich mich für Sie interessire. Wir werden über die Sache noch sprechen.

Jetzt wurde draußen geläutet. Sie erhob sich und er rückte selbst in einer instinktiven Regung den Sessel zurück, als ob sie Gefahr liefen, von Jemandem überrascht zu werden.

Der eintretende Diener meldete:

— Herr Mouret, Herr von Ballagnose.

Henriette konnte eine Geberde des Jornes nicht unterdrücken. Warum kam er nicht allein? Er hatte seinen Freund sicher nicht nur deshalb mitgebracht, weil er ein tête-à-tête mit ihr fürchtete. Sie empfing indessen die beiden Herren lächelnd und reichte beiden die Hand.

— Wie selten sind Sie jetzt bei mir. Das gilt auch Ihnen, Herr von Ballagnose.

Sie war in Verzweiflung darüber, daß sie immer stärker wurde. Sie schnürte sich in engen Toiletten von schwarzer Seide ein, um ihr zunehmendes Embonpoint zu verbergen. Nur ihr hübscher Kopf mit den dunklen Haaren behielt seine liebenswürdige Feinheit. Mouret sagte mit zärtlichem Blick und in vertraulichem Tone:

— Es ist unnöthig, daß ich mich nach Ihrem Wohl befinden erkundige, Sie sind frisch wie eine Rose.

— Oh, ich befinde mich recht gut, sagte sie. Uebrigens hätte ich sterben können und Sie hätten nichts davon gewußt.

Nun betrachtete sie ihn. Sie fand ihn nervös und matt, die Augen eingefallen, den Teint bleigrau.

— Ich kann Ihnen das Kompliment nicht erwidern, sagte sie, denn Sie sehen keineswegs gut aus.

— Das macht die viele Arbeit, bemerkte Ballagnose.

Mouret machte eine unbestimmte Geberde, ohne zu sprechen. Er hatte jetzt Bouthemont bemerkt und grüßte ihn mit einem freundschaftlichen Kopfnicken. In den Zeiten größerer Intimität holte er selbst ihn aus der Abtheilung und führte ihn mit sich zu Henriette. Allein die Zeiten hatten sich verändert, er sagte ihm halblaut:

Zu § 106, welcher bestimmt, daß Gewerbetreibenden, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, Befreiung nicht ausbilden und Arbeiter unter 18 Jahren nicht anleiten dürfen, liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, die Altersgrenze solcher Arbeiter auf 16 Jahre herabzusetzen. Grillenberg begründet denselben mit dem Hinweis, daß eine große Härte darin liege, Leuten, die einmal mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen, den Erwerb dadurch zu erschweren, daß sie sogar nicht einmal Gesellen beschäftigen sollen, wenn dieselben nicht 18 Jahre alt sind. Man solle doch hier mehr Humanität walten lassen. Dr. Hirsch verteidigt die Regierungsvorlage, Geh. Rath Lohmann glaubt, daß von einem Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für die betr. Unternehmer nicht gesprochen werden könne, da ja auch in dem seitherigen Paragraphen nur von „Anleitung“ die Rede sei, wodurch die Beschäftigung an sich nicht ausgeschlossen sei. (Diese Interpretation ist sehr dankenswerth, denn in der Praxis wurde bisher fast durchweg so verfahren, wie Grillenberg angeführt.) Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und der Paragraph in der alten Fassung der Gewerbeordnung beibehalten.

Mit § 107 beginnen die prinzipiellen Erörterungen über das System der Arbeitsbücher. Bebel u. Gen. beantragen: „Alle gesetzlichen Bestimmungen zur Führung von Arbeitsbüchern sind aufgehoben;“ ferner: „Gewerbeunternehmern, Innungen, Unternehmerverbänden und Vereinigungen ist die Ausstellung von Arbeitsbüchern oder Arbeitszeugnissen für die von ihnen beschäftigten Arbeiter untersagt.“ Im Falle der Annahme dieses Paragraphen wären die §§ 108 bis einschließlich 112 zu streichen. Die Freistimmigen beantragen einige redaktionelle Änderungen und für den Fall der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages die Herabsetzung der Altersgrenze für Arbeiter, welche zur Führung von Arbeitsbüchern verpflichtet sind, auf 18 Jahre.

In ausführlicher, sachlicher Weise begründet Abg. Diez den sozialdemokratischen Antrag. Die Arbeitsbücher hätten bisher nicht das Mindeste genügt, in allen Fällen aber seien sie eine Bedrückung der Arbeiter und deshalb sei es das Beste, einen radikalen Schritt zu thun und sie gänzlich abzuschaffen. Zur Begründung des zweiten Theils des Antrages produziert Redner eine Anzahl von Innungsverbänden ausgegebene Privat-Arbeitsbücher, durch deren Bestimmungen der Arbeiter einfach rechtlos gemacht wird, sowie Originale der berichtigten Arbeitscheine, die Grillenberg schon im Plenum erwähnte. Solches Vorgehen der Unternehmer sei viel schlimmer als das Sozialistengesetz und es könne dieser grobe Unfug, durch den die Arbeiter gepeinigt und aufs höchste erbittert werden, nur durch die Gesetzgebung beseitigt werden.

Abg. Böllmer erklärt sich gleichfalls gegen die Arbeitsbücher und bedauert, daß der Gesetzentwurf in diesem Abschnitt die Materie des Arbeitsschutzes verläßt und Bestimmungen einführt, die das Gute, was das Gesetz bieten wollte, erheblich beeinträchtigen müßten. Freiherr v. Stumm ist gegen alle Verbesserungsvorschläge und thut sich noch etwas darauf zu Gute, daß er es war, der im Jahre 1878 die Einführung der Arbeitsbücher angeregt hat. Dagegen findet selbst er das Vorgehen des Metallindustriellen-Verbandes gegen die Arbeiter zu weit gehend, obwohl er es mit allerlei Vorwürfen gegen die Arbeiter zu recht fertigen versucht. — Auch Hähne findet, daß die Arbeitsbücher gar nichts nützen und nur eine Plackerei für Unternehmer und Arbeiter bilden. Ebenso Dr. Hirsch, der im wesentlichen die Ausführungen Diez unterschreiben kann, denn der Mißbrauch, den viele Unternehmer mit den Arbeitscheinen zu treiben, schaffe ein förmliches Steckbriefsystem. Allerdings kann er dabei nicht umhin, der Meinung Ausdruck zu geben, daß die Arbeiter öfters durch ungerechtfertigte Boykotts die Unternehmermaßregeln provoziren. — Ein Antrag v. Kleiß-Regow's auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Bebel polemisiert lebhaft gegen die Regierungsvorlage, da für eine Aufhebung der Bestimmungen über die Arbeitsbücher gar kein Bedürfnis vorliege. Die Großindustriellen namentlich hätten gar keine Ursache und zum Theil auch keine Neigung, solchen Bestimmungen zuzustimmen. Die Schlimmsten auf diesem Gebiete seien die Kleinindustriellen und Innungsbrüder, die da glaubten, mit solchen Mitteln ihre „Autorität“ zu stärken. Die Herren vom Zentrum hätten gelegentlich des großen Bergarbeiter-Streiks gegenüber den Ablehnscheinen eine ganz andere Stellung eingenommen. — Das Gleichheitsgefühl in der Arbeiterwelt sei ein so mächtiges geworden, daß sie sich die immer wieder in anderer Form versuchte Bevormundung einfach nicht mehr gefallen lassen will. Der sozialdemokratische Antrag bezwecke in seinem zweiten Theile nicht die Abschaffung von Zeugnissen (§ 113), sondern wolle nur die auf Verabredung von Unternehmerverbänden zur Kennzeichnung der Arbeiter eingeführten Bücher und Scheine streifen.

Minister v. Berlepsch meint, durch den Antrag Bebel u. Gen. würde den Arbeitgebern verboten werden, Zeugnisse überhaupt auszustellen. Im Uebrigen wolle die Regierung durch die vorgeschlagenen Änderungen nur die ertliche Gewalt gegenüber den jugendlichen Arbeitern stärken. Insofern habe Bebel Recht, daß der heutigen Gesellschaft eine wesentliche

Schuld treffe für die Mißstände, die auf diesem Gebiete vorhanden sind. Die bestehenden Klassen und die Arbeiter hätten gemeinsam die Aufgabe, die seit langen Jahren aufgehäuften Schäden wieder gut zu machen. Er bittet um unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Möller (Dortmund) plädiert gleichfalls für die Regierungsvorlage und beschuldigt die Körlingschen Arbeiter in Hannover, sowie die Braunschweiger und Hamburger Metallarbeiter, sie hätten durch Boykotts und unberechtigte Sperren das jetzige Vorgehen der Metallindustriellen verschuldet.

Dem tritt in längerer Auseinandersetzung Grillenberg sehr scharf entgegen und giebt derselbe eine genaue Darstellung des wirklichen Sachverhalts. Redner wendet sich auch gegen Stumm und bemerkt dem Handelsminister gegenüber, daß man den Arbeiterverbänden nur genügende Bewegungsfreiheit geben, dann würden die vom Minister erwähnten Unzulänglichkeiten bald gebessert werden; Arbeitsbücher aber würden nichts dazu beitragen. Die vorliegende Frage und die Frage des Koalitionsrechts seien solche, von deren richtiger Erledigung die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem ganzen Gesetz, daß sie, wenn irgend möglich, annehmen möchten, eventuell abhängig machen würden.

Stibbel giebt eine längere Darstellung der Verhältnisse im Kohlenrevier und glaubt, daß dort Arbeitsbücher für jugendliche Arbeiter nicht zu entbehren seien.

Bebel und Genossen ziehen den 2. Theil ihres Antrages zurück, um ihn bei § 113 anzubringen. Die nach dreistündiger Debatte erfolgte Abstimmung ergibt die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf gänzliche Abschaffung der Arbeitsbücher mit 18 gegen 9 Stimmen (Sozialdemokraten und Freistimm), ferner die Ablehnung des freistimmigen Antrages auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre mit 16 gegen 11 (Sozialdemokraten, Freistimmige und die Abgg. Stödel und Giegelski). Hierauf wird der Paragraph in der Regierungsvorlage angenommen mit einem vom Abg. Stumm beantragten Zusatz: „Zuständig ist die Gemeindebehörde des im § 108 bezeichneten Ortes.“

Die §§ 108, 109, 110 und 111 werden ohne Debatte genehmigt.

Zu § 112 beantragt Möller das Verbot von „geheimen Zeichen“ in den Arbeitsbüchern. Dem wird dadurch Rechnung getragen, daß es in dem Paragraphen statt unzulässige Eintragungen oder Vermerke künftig heißen soll: „unzulässige Merkmale, Eintragungen oder Vermerke.“

Bei § 113 entspinnt sich wiederum eine lebhafte Diskussion wegen der auf Verabredung der Unternehmer gegenseitigen Zeugnisse. Die Sozialdemokraten beantragen, dem Paragraphen folgenden Zusatz zu geben: „Jede Kennzeichnung der Zeugnisse, welche bewirken soll, daß der Arbeiter in seinem Fortkommen behindert werde, ist verboten.“ Als eine Kennzeichnung der Zeugnisse im Sinne dieses Paragraphen ist auch die von Innungen, Unternehmerverbänden und Vereinigungen ausgehende Ausstellung von Arbeitsbüchern und Arbeitszeugnissen für die von ihnen beschäftigten Arbeiter zu betrachten. Bebel begründet den Antrag. Stumm bekämpft, Hirsch befürwortet den Antrag Bebel u. Gen., Grillenberg wendet sich gegen Stumm. An der weiteren Debatte theilnahmen sich von Huene, Kropatsched, von Kleiß-Regow, Bebel.

Da inzwischen die Stunde des Beginnes der Plenarsitzung herangekommen, wird die Diskussion abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

Korrespondenzen.

London, den 7. Juni 1890. Der Himmel und die Regierung haben ihr Möglichstes aufgebieten, das heutige Protestmeeting gegen die Entschädigung der Schankwirthschaft zu einem Erfolg zu gestalten. Das Wetter war so günstig, wie man es sich nur wünschen kann, nachdem es die ganze Woche geregnet, und unter anderen das Derby-Rennen, das halb London nach Epsom hinauslockt, gründlich verregnet war, hellte sich der Himmel gestern wieder auf und heute lachte die Sonne so warm und freundlich vom Himmel herunter, daß es ein wahres Vergnügen war, nach dem Hyde-Park zu pilgern. Und die Regierung ihrerseits hatte den Veranstaltern des Meetings den Gefallen gethan, durch Herrn Monro, den Londoner Polizeichef, entgegen aller bisherigen Praxis in einseitiger Weise vorzuschreiben, welchen Weg der Zug zum Hyde-Park zu nehmen habe, bezw. den Aufmarsch durch die großen Verkehrsstraßen zu verbieten. Vorwand: die Rücksicht auf das Publikum, das diese Straßen benutz. Nun wacht der Engländer, und das mit Recht, sehr eifersüchtig über sein Versammlungsrecht; es erhob sich daher, als die Verfügungen des Herrn Monro bekannt wurden, ein großer Sturm in der Presse und in den Vereinen, und von liberaler Seite wurde der Minister Matthews im Parlament über das Verhalten seiner Untergebenen interpellirt. Er verteidigte sich hinter allerhand Ausflüchten, meinte, die Demonstrationen hätten in den letzten Jahren in so großem Maße zugenommen, daß sie in eine Belästigung des Publikums ausarteten u. a. m. Natürlich fand

er damit bei der konservativ-unionistischen Mehrheit lebhaften Anklang, und der Antrag des radikalen Abgeordneten Biddiscombe, die Tagesordnung zu unterbrechen und in eine Debatte über die Angelegenheit einzutreten, wurde mit 211 gegen 121 Stimmen abgelehnt, was beiläufig auf eine sehr laue Theilnahme Seitens der liberalen Parlamentarier deutet. Verschiedene der Herren mochten sich augenscheinlich nicht so stark in der Sache engagiren, sie sehen, wie Cunninghame Graham treffend bemerkte, gleich Wachschnecken, als ihr eigener Parteigänger Childers, Mitglied für Edinburgh, in beweglichen Worten nachwies, daß durch solche Auslegungen, wie die des Herrn Matthews, das Recht auf öffentliche Aufzüge vollständig aufgehoben werden könne. Verschiedene Herren fühlten sich schon als Regierungspartei von morgen, und wer weiß, was dann passirt?

In der Bevölkerung nahm man die Sache jedoch anders auf; und von allen Seiten liefen Proteste ein gegen die Beeinträchtigung des Versammlungsrechts. Andererseits unterließ die radikale und Temperenzpresse nicht, dem Publikum in drastischer Weise durch Zahlen zu veranschaulichen, welche Unsummen die Entschädigung der Schankwirthschaft nach der Regierungsvorlage erfordern würde, eine Reihe der populärsten Redner waren angefordert, darunter auch bekannte Arbeiterführer, wie John Burns, Tom Mann und V. Tillot — kurz, eine ganze Reihe von Verbindungen eines glänzenden Erfolges waren gegeben. Das Meeting war denn auch recht gut besucht, aber es konnte sich doch nicht entfernt mit dem Achtstunden-Meeting vom 4. Mai messen. Trotz des Erfolges so großer Wellen in der Presse war es von im Ganzen etwa 50 000 Personen besucht. Das ist unter gewöhnlichen Umständen schon eine ganz nette Anzahl, aber was will es gegen die Hunderttausende, die sich am 4. Mai an derselben Stelle um die Plattform 6 scharten. Die noch frische Erinnerung an jenen glänzenden Tag schwächte den Eindruck des heutigen Meetings ganz erheblich ab.

Am stärksten war der Andrang um Plattform 7, die von der Londoner Municipalreform-Liga besetzt war. Als Vorsitzender fungirte hier das radikale Parlaments-Mitglied, Professor Stuart, der Verfasser des radikalen Londoner Programms, auf dem auch der Achtstundentag figurirt. Von Rednern seien Atherley Jones, der Sohn des Chartisten Ernest Jones, und John Burns erwähnt. Auch Cunninghame Graham saß auf dieser Plattform, sprach aber nicht. Unweit dieser Plattform befand sich die des liberalen Frauenvereins, von der herab u. A. Frau Guillaume-Schad sprach. Auch hier hatte sich eine nach Tausenden zählende Zuhörererschaft eingefunden. Aber, wie gesagt, im Ganzen konnte sich das Meeting nicht entfernt mit dem des 4. Mai messen.

Meine neuliche Meldung, daß im Londoner Trades-Council Herr Shipton durch einen Sozialisten ersetzt sei, war leider verfehlt. Die Versammlung, von der ich schrieb, war nur eine vorläufige, zur freien Besprechung der Wahl einberufen, von der die Anhänger der Shipton's ferngeblieben waren. Die entscheidende Wahl fand erst vorgestern statt. Zu dieser waren nicht nur die Anhänger Shipton's vollständig erschienen, sondern hatten auch tüchtig gearbeitet. Ein geradezu meisterhafter Skrup war es, daß just an dem Tage, an dem die Wahl stattfinden sollte, Barnell, der Gegenkandidat Shipton's die Theilnahme erhielt, daß seine eigene Section, ein Verein der Möbelschreiner, an seiner Stelle einen anderen Delegirten in den Trades-Council gewählt habe. Damit war nämlich, nach den Statuten des Trades-Council, zugleich die Wahlbarkeit Barnell's zum Sekretär vernichtet, er mußte seine Kandidatur aufgeben. Es entstand infolge dessen eine Verwirrung, die noch vermehrt wurde, als der Vorjüngende Drummond einen Weg der gegen Shipton sprach, das Wort entzog. In der Erbitterung kam es beinahe zu einer Prügelei, viele Delegirte verließen während den Saal, und nur ein Theil von ihnen kehrte zurück. Als die Ruhe hergestellt war, wurde dem erwähnten Redner das Wort zur Beendigung seines Angriffes gegen Shipton gegeben, wodurch dieser zum Schluß sich in ebenso langer Rede vertheidigen durfte. Er versicherte be- und wehrmüthig, daß er durchaus ein Anhänger einer gesunden Fortentwicklung der Gewerkschaftswesen sei, daß er selbst gehalten habe, ungeliebte Arbeiter zu organisiren, und das Ende vom Liede war, daß er mit 61 gegen 46 Stimmen wiedergewählt wurde. Er hat also von Neuem die Maschinenrie in der Hand, aber den neuen Geist wird er darum doch nicht niederdrücken.

Vielleicht ist es übrigens gut, daß es so gekommen ist. Denn ob Barnell grade der geeignete Mann für den wichtigen Posten gewesen wäre, scheint mir ziemlich zweifelhaft. Er ist ein wohlmeinender, aber ziemlich ungeschlossener Mensch, und gerade Entschlossenheit ist in einer solchen Stellung vor allen Dingen geboten.

Der Sieg des konservativen Elements im Trades-Council wird vielleicht der Organisation zu Gute kommen, die im Anschluß an die Achtstunden-Demonstration jetzt gegründet werden soll. Das Komitee, das die Statuten auszuarbeiten sollte, hat seine Arbeiten bereits beendet und den Entwurf zur Diskussion an die Vereine und Sectionen verschickt mit dem Ersuchen, zu einer auf den 21. Juni anberaumten Versammlung, in der über die Konstituierung endgiltig entschieden werden soll, Delegirte mit den entsprechenden Vollmachten zu senden. Die neue Organisation soll den Titel

Das ist von der Arbeit, wiederholte Ballagnose mit seinem ironischen Phlegma.

Mouret erhob sich lebhaft, als hätte er sich geschämt, sich so zu veressen. Er nahm seinen Platz im Kreise der Damen wieder ein und fand seine ganze Liebeshörigkeit wieder. Ihn beschäftigten jetzt die Wintermode-Artikel, er sprach von einer großen Lieferung von Spitzen, und Madame de Boves befragte ihn über den Preis der Menconspitzen, sie wird vielleicht welche kaufen. Sie war jetzt in ihren Geldverlegenheiten so weit, daß sie sich die zwei Franks für einen Wagen versagen mußte und kehrte jedesmal krank heim, wenn sie die Auslagen angestaut hatte. In einen Mantel geküßt, der schon zwei Jahre alt war, probirte sie in Gedanken auf ihren königlichen Schultern alle kostbaren Stoffe, welche sie sah. Dann hatte sie das Gefühl, als würde man sie ihr vom Leibe reißen, wenn sie aus ihren Träumereien wieder erwachte und sich mit ihren alten außerbelegten Kleidern sah, ohne die Hoffnung, jemals ihre Leidenschaft befriedigen zu können.

Herr Baron Hartmann, meldete der Diener.

Henriette beobachtete mit Interesse Mouret, der dem Baron entgegen eilte. Letzterer grüßte die Damen und betrachtete dann den jungen Mann mit jener Finesse, welche zuweilen sein breites Gläser Gesicht erhellte.

— Immer Toilette, immer Toilette, flüsterte er lächelnd.

Dann fügte er als Vertrauter des Hauses hinzu:

— Ein reizendes junges Mädchen befindet sich im Wohnzimmer. Wer ist sie?

— O, Niemand, erwiderte Madame Desforges böswillig ein Ladenmädchen, welches draußen wartet.

Die Thür war offen geblieben, der Diener brachte den Thee. Und so oft er ging und kam, sah man durch die geöffnete Thür einen dunklen Winkel des Vorderzimmers blos durch ein Fenster mit matten Scheiben erhellt. Hier im Dunkel stand geduldig und unbeweglich ein dunkler Schatten. Es war Denise; wohl war eine mit Leder überzogene Bank da, allein ein gewisser Stolz hielt sie von dieser Bank zurück. Sie fühlte den ihr zugefügten Schimpf.

(Fortsetzung folgt.)

Und als der Diener hinausgegangen war, setzte sie ruhig das Gespräch mit Ballagnose fort. Mouret, der in seine Schamhaftigkeit zurückgesunken war, hörte mit einem Ohr zu, ohne Recht zu begreifen. Bouthemont, den das Abenteuer interessirte, sann darüber nach. Jetzt ward die Thür wieder geöffnet und zwei Damen traten ein.

— Denken Sie sich, sagte Madame Marty, als ich den Wagen verließ, sah ich eben Madame de Boves unter den Arkaden.

— Ja, erklärte diese, das Wetter ist schön und da mein Arzt mir empfohlen hat, heute auszugehen.

Man begrüßte einander herzlich, dann fragte die Gräfin Madame Desforges:

— Sie nehmen eine neue Kammerfrau?

Nein, erwiderte Henriette erstaunt.

— Warum denn?

— Ich habe im Vorzimmer ein junges Mädchen gesehen.

Henriette unterbrach sie lachend.

— Nicht wahr, alle diese Ladenmädchen sehen aus wie Kammerfrauen? Ja, es ist ein Fräulein, welches gekommen ist, um einen Mantel zur Reparatur abzuholen.

Mouret, von einem unbestimmten Verdacht ergriffen, blickte sie an. Sie fuhr mit erkünstelter Heiterkeit in ihrem Gespräch fort und erzählte, daß sie beim „Glück der Damen“ letzten Sonntag einen Mantel gekauft habe.

— Wie, rief Madame Marty, lassen Sie denn nicht mehr bei der Sauerer arbeiten?

— Ja, meine Liebe, allein ich wollte eine Probe machen. Ich habe einmal einen Reismantel gekauft und war damit ziemlich zufrieden. . . . Diesmal aber ist der Kauf nicht gelungen. Sie mögen sagen, was Sie wollen, in den Magazinen bekommt man nichts Rechtes. Oh, ich genire mich nicht, ich spreche vor Herrn Mouret ganz offen. Es wird Ihnen niemals gelingen, eine distinguished Frau ausständig zu kleiden.

Mouret fand es unter seiner Würde, sein Haus zu vertheidigen. Bouthemont mußte für das „Glück der Damen“ eintreten.

— Wenn alle vornehmen Damen, die bei uns ihre Toiletten

nehmen, auf einem Platz beisammen wären, so wären Sie, Madame, sehr erstaunt über unsere Kundschafft. . . . Bestellen Sie bei uns eine Toilette nach Maß und Sie werden genau so gut bedient sein, wie von der Sauerer, aber nur halb so theuer. Und weil sie um die Hälfte billiger ist, finden Sie sie weniger gut.

— Also der Mantel paßt Ihnen nicht? fragte Madame de Boves wieder. Ich erkenne jetzt das Fräulein. Es ist einigermassen dunkel in Ihrem Vorzimmer.

— Ja, sagte Madame Marty hinzu. Ich wußte nicht gleich, wo ich diese Person gesehen habe. Nun denn, meine Liebe, geniren Sie sich nicht vor uns.

Henriette machte eine geringschätzigte Geberde und sagte:

— Sogleich, sogleich, es drängt ja nicht.

Das Gespräch über die Toilette-Artikel der großen Magazine dauerte fort. Dann sprach Madame de Boves von ihrem Gatten, welcher, wie sie sagte, soeben von einer Inspektionsstour nach Saint-Lö abgereist sei. Madame Desforges fügte hinzu, daß Madame Guibal durch die Krankheit einer Tante plötzlich nach der Franche Comtee abzureisen gezwungen gewesen sei. Sie zählten heute auch auf Madame Bourdelais nicht, welche zum Schluß des Monats sich immer mit einer Arbeiterin eingeschlossen, um die Wäsche ihrer Kinder auszubessern. Inzwischen schien Madame Marty von einer geheimen Unruhe gequält zu sein. Die Stellung ihres Gatten im Lycée Bonaparte schien gefährdet zu sein wegen der Lektionen, die der arme Mensch in verschiedenen anrüchigen Instituten gab, wo die Diplome für Geld zu haben waren; er machte eben Geld, wie er konnte, um der sinnlosen Verschwendungssucht seiner Frau Genüge leisten zu können, und diese, als sie ihn eines Abends weinen sah aus Furcht entlassen zu werden, kam auf den Gedanken, ihre Freundin Henriette zu ersuchen, daß sie sich bei einem hohen Beamten des Unterrichtsministeriums ins Mittel legen möge, um den armen Mann zu retten. Henriette machte ihr eine beruhigende Zusage, übrigens sollte Herr Marty selber kommen, um sein Schicksal zu erfahren und seinen Dank abzustatten.

— Sie sehen angegriffen aus, Herr Mouret, bemerkte Madame de Boves.

führen Gesehliche Achtstunden- und Internatio-
nale Arbeitsliga" (The Legal Eight Hours and Internatio-
nal Labour League), sich als Zweck sehen, durch Agitation, Organi-
sation und politische Aktion für die Durchführung des gesetzlichen
Achtstundentages wie der übrigen Resolutionen des internationalen
Kongresses von Paris, sowie für die Bildung einer von den alten
politischen Parteien unterschiedenen Arbeiterpartei zu wirken. Als
Organ der Liga soll der "People's Press" dienen.
Aus verschiedenen Arbeitervereinen z. meistens des Ost-Ends
hat sich in neuerer Zeit eine Organisation gebildet, welche den
Namen führt: "Internationale Arbeitsliga und Föderation." Es
schwirrt einem ordentlich der Kopf bei den vielen Ligas und
Föderationen. Zum Glück ist Hoffnung vorhanden, daß auch der
lehterwähnte Verband sich der Achtstunden-Liga anschließt, so daß
wirklich eine imponierende Organisation zu Stande kommt, die
unverzichtliche Vorbedingung einer ernsthaften Arbeiterpartei.

Politische Ueberblick.

Ein grober Anflug der aller schlimmsten Sorte besteht darin,
daß die Wahlproteste, welche bei dem Reichstag eingehen, zur
Verwendung außer dem Haus von Mitgliedern abgeschrieben, den
Besörden der Wahlkreise, aus welchen die Proteste gekommen sind,
gehört — und daß auf Grund der durch solche Indiscretionen
erlangten Kenntnisse Versuche zur Einschüchterung der in
den Protesten genannten Zeugen gemacht werden. Wir
begnügen uns heute, diese skandalöse Praxis, die demnächst im
Reichstag zur Sprache kommen wird, hiermit angezagt zu
haben und wollen für heute bloß bemerken, daß keiner der
in Wahlprotesten genannten Zeugen wegen seiner
im Wahlprotest veröffentlichten Aussagen verfolgt werden
kann. Man lasse sich also nicht einschüchtern, ziehe aber jeden
derartigen Versuch zur Beschränkung des Wahlprotest-Rechts,
welches eine Bürgerschaft des freien Wahlrechts ist, unmaßsächlich
an die Öffentlichkeit.

Verrohung der Sitten. Die "Kreuzzeitung" entwirft
sich wieder einmal über die Verrohung der Sitten der Ar-
beiter. Sie läßt sich aus Hagen folgende geistreiche Kor-
respondenz schreiben:

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk läßt die allge-
meine Sicherheit sehr zu wünschen übrig. Überall hört man
laute Klagen über die Verrohung der Sitten u. s. w. Ein
Menschenleben wird für nichts geachtet und schändliche Mord-
thaten, Sittlichkeitsverbrechen, schwere Einbrüche u. s. w. sind
wieder so recht an der Tagesordnung. Wir gehen wohl nicht
fehl, wenn wir als Ursache dieser Verwilderung der arbeiten-
den Bevölkerung einmal das Unidgreifen der Sozialdemo-
kratie, bez. der Gottlosigkeit, und ferner die besseren Lohnver-
hältnisse" hinstellen. In den siebziger Jahren, als die Arbeiter
viel verdienten, waren sie auch auf dem Wege der Moral in
starken Defekt gekommen und heute geben sie dasselbe Bild.
Kann man sich wundern, wenn in der Morgen hier selbst be-
ginnenden Schwurgerichtsperiode von sechs Frauen vier Sittlich-
keitsverbrechen, ein Meineid und ein Todtschlag vorliegen?
Wohin werden wir gelangen, wenn da nicht bald Mittel und
Wege gefunden werden, die dem bösen Treiben Einhalt ge-
bieten?! Erst vorgestern wurde in Oberhausen am hellen Tage
ein friedlicher Arbeiter in einer Arena vor den Augen zahl-
reicher Zuschauer von drei Arbeitern überfallen und in gräß-
licher Weise niedergeschlagen. Die Feder kräutert sich, um all
die Schandthaten, die täglich verübt werden, niederzuschreiben.

Woran nicht alles die Sozialdemokratie Schuld sein
soll. Nächstens macht man uns vielleicht für die Wirbel-
stürme, die alljährlich regelmäßig den Stillen Ocean heim-
suchen, verantwortlich. Was würden die Hüter der Kreuz-
zeitungsmoral sagen, wenn man wegen der Unsittlichkeit und
der Verrohung in Westfalen das Christenthum verantwor-
lich machen würde, das dort seit Jahrhunderten, ja selbst
noch heute die einflussreichste geistige Macht ist. Uns fällt
das natürlich nicht im entferntesten ein, wir wissen nur zu
gut, daß die von der "Kreuzzeitung" gerügten traurigen Ge-
schehnisse lediglich eine Folge der ökonomischen Verhält-
nisse sind.

Die vereinigten Fraktionen der deutschfreisinnigen Partei,
welche auf Wunsch des Abg. Dr. Birchow durch den Vor-
sitzenden des Zentralkomitees, Freiherrn v. Stauffenberg, zu-
sammenberufen waren, versammelten sich am Montag um
7 1/2 Uhr in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes. Es handelte
sich hauptsächlich um die Beschwerte der Abg. Richter und Birchow
darüber, daß die Wahl zum Vorsitzenden des engeren (Siebener)
Ausschusses durch den Dreizehner-Ausschuß vorgenommen war;
daß Ergebnis dieser Wahl war, daß mit 6 gegen 6 Stimmen an
Stelle des Herrn Richter der Abg. Schrader zum Vorsitzenden er-
nannt wurde. Zu der heutigen Sitzung waren von den 64 deutsch-
freisinnigen Reichstagsmitgliedern 60 erschienen. Es fehlten die
Herren Berling, Dr. Siemes, Guttschick und Krause. Außerdem
waren 12 Mitglieder des preussischen Landtages (außer den
Doppelmandatären), im Ganzen also 72 Herren erschienen. Die
Sitzung wurde durch Freiherrn von Stauffenberg durch eine längere
Rede eröffnet, in welcher er nach Darlegung des Thats-
bestandes, welcher die Einberufung der Versammlung
veranlaßt, ohne selbst irgendwie Partei zu nehmen,
unter Hervorhebung der großen Aufgaben, welche für Vater-
land und Freiheit zu erfüllen seien, zur Einigkeit und Ver-
söhnlichkeit mahnte. Abg. Dr. Birchow setzte darauf auseinander,
welche Motive ihn geleitet, als er den Antrag zur Einberufung
der heutigen Versammlung gestellt. Wenn auch nicht mit Absicht,
so doch thatsächlich, sei staunenswürdig vorgegangen, denn die Wahl
des Vorsitzenden eines Kollegiums müsse unter allen Umständen
von diesem Kollegium selbst vorgenommen werden. Es sprachen
dann die Herren Dr. Wambarger und Dr. Baumback, welche
ebenfalls bestritt waren, sich rein sachlich zu halten, worauf
Abg. Eugen Richter zu einer längeren Rede das Wort nahm, auf
welchen sein Gegenstand Schrader folgte. Für den ersteren
trat sodann Dr. Herms ein, während Dr. Hänel die Gültigkeit
der Wahl Schraders verfocht. Ueber den Inhalt der einzelnen
Reden haben sich, wie wir hören, die Teilnehmer der Versamm-
lung zur Gehörhaltung verpflichtet. Die Auseinandersetzungen
kamen nicht zum Abschluß, vielmehr sollen sie am Dienstag Abend
fortgesetzt werden.

Dem Redakteur des Leipziger "Wähler". Heinsich,
von der Gefängnisdirektion in Zwickau die Selbstbe-
kämpfung verweigert worden, und die Sache schwebt jetzt vor
dem Ministerium des Innern in Dresden, bei welchem keine
sonderliche Geneigtheit zur Erfüllung des Verlangens vor-
ausgesetzt werden kann. Mittlerweile hat Heinsich alle
Partien der Gefängnisordnung über sich ergehen zu lassen:
er muß Gefängnisarbeit verrichten, die gewöhnliche Ge-
fängnisarbeit essen und Daar und Dort sind ihm geschoren
worden. Kurz, er wird genau so behandelt, wie der fort-
schrittliche Liberaler Welt behandelt worden ist. Und wohl
gemerkt: Heinsich, obgleich Arbeiter, ist wirklicher Redakteur,
kein "Strohmann" — und journalistisch ungewisshafte
von unserem Standpunkt aus, da wir gleichmäßig
humane Behandlung für alle Gefangenen fordern, kein

wesentliches Moment bildet. Der Reichstag wird dafür zu
sorgen haben, daß die Frage des Strafvollzugs nicht in das
Stadium der Verjüngung geräth.

Der Abgeordnete Friedrich von Wedell-Malchow,
welcher noch am Montag Nachmittag bis zum Schluß der Sitzung
an den Verhandlungen des Reichstages theilnahm, ist plötzlich
nach einem opulenten Diner an einem Schlagfluß verstorben. Er
war Vorsitzender des deutschen Landwirtschaftsraths seit 1872,
preussischer Landtagsabgeordneter seit 1866 und im Reichstag
Vertreter des 4. Pommerschen Wahlkreises (Prenzlauer-Angermünde)
von 1871—78 und aufs Neue seit dem Jahre 1877. Der Ver-
storbene zählte zur konservativen Partei.

Maßregelung. Wegen Agitations für den sozialdemokrati-
schen Reichstagskandidaten ist der Lehrer Sch. zu R. Kreis
Stade, aus dem Dienst entlassen worden. Sch. kam erst einige
Jahre vom Seminar und hatte die zweite Prüfung noch nicht
abgelegt.

Hamburg. Die hiesige Großkaufleute beabsichtigen dem Fürsten
Bismarck ein Haus zu verehren, damit er die Winterfaison in
Hamburg verleihe. Die Hamburger haben doch ein sühlendes Herz
und einen zarten Sinn.

Elberfeld. 9. Juni. Die Elberfelder "Freie Presse"
schreibt: Die Bismarckmanie der Kartellbrüder treibt immer
wunderlichere Blüten. Nachdem die "Mittelpartei" des gut-
satholischen Düsseldorf jüngst ein großes Album dem Hekules
des Jahrhunderts" zum ewigen Nachschlagen dargebracht haben,
räuspert sich die Kartellbrüder in dem gusozialdemokratischen
Buppertthal, um in ihrer Art dem großen Kanzler ihre Huld-
igung darzubringen. Für ganz Deutschland ist ja gesorgt, da soll
dem "Schöpfer des Reiches" ein "Nationaldenkmal" errichtet
werden, welches das Germania-denkmal auf dem Niederrwald zum
mindesten in den Schatten stellt; aber wie die Düsseldorfser,
so wollen die Elberfelder ihre Dankbarkeit noch im Besonderen do-
kumentiren. Neben der Bismarckmanie ist die Denkmalmanie
ein hervorstechender Zug unserer Zeit, und da verfallen
denn unsere Buppertthaler Bismarckveneratoren auf den
Gedanken, auf den Bergen unserer prachtvollen Um-
gebung, nach Norden, Süden, Osten und Westen, Bismarckthürme
zu errichten. Die Elberfelderin macht in sorgfältigen "Einge-
sandsartikeln" für dieses großartige Projekt Propaganda. Die
Thürme sollen nach Art der Aussichtsthürme hergestellt werden,
und welche wunderbare Perspektive wird uns da nicht eröffnet!
Als Fundament dieser Thürme könnte man die Kulturkamp-
fesehe, das Sozialistengesetz zc. benutzen, das wäre wenigstens
solid und würde den Stürmen der Jahrhunderte trotzen. Die
Krönung der Thürme möchte die Nischenstatue Bismarcks dar-
stellen und jeden Besucher die Möglichkeit gegeben werden, durch
die eigenen Augen des größten Staatsmannes aller Jahrhunderte
die herrliche Fügung des mächtigen Staatenbaues zu bewundern,
auch zugleich die solide Grundlage des ureigens von ihm und
für ihn selbst geschaffenen Kanzlerpostens.

Greifeld. 6. Juni. Mit dem 1. Juli erscheint hier für die
Kreise Greifeld, M. Gladbach und Kempen ein Arbeiterblatt, die
"Niederheinische Volksstimme". Wie geschäftig uns unsere
Begner, speziell die "Schwarzen" bekämpfen, ist des öfteren dar-
geganen worden. Eine ihrer Hauptleistungen ist die, daß man
uns seit einigen Monaten die Versammlungen unmaßsächlich gemacht
hat; selbst unser Volksverein kann für seine Mitgliederversamm-
lungen kein Lokal bekommen. Letzteren Uebelstand wird nun
allerdings in kurzer Zeit abgeholfen werden. Unter diesen Um-
ständen bleibt uns kein anderes Mittel zur Abwehr und Agitation
übrig, als eine eigene Zeitung zu gründen, um hierdurch an die
öffentliche Meinung appelliren zu können. Die hiesige ultra-
montane "Volkszeitung", der die neue Zeitung höchst ungelogen
kommt, machte schon vor einiger Zeit die alberne Bemerkung,
"dem Blatte, welches von einem Seidenweber geleitet werde,
seien schon 200 Abonnenten sicher, und hiermit das Unternehmen
gesichert." Ersteres trifft nicht zu und wegen der Abonnenten-
zahl wolle sich das Blatt keine Sorge machen. Wir werden noch
recht oft mit diesem "frummen" Blatte, welches durch einen ebe-
maligen Jesuiten geleitet wird, zu kämpfen haben. Also frisch
auf zum frohlichen Kampfe!

In Aachen haben der "Ain. Ztg." zufolge Hausdurchsuchungen
nach anarchistischen Schriften stattgefunden. Mehrere Ver-
haftungen sollen vorgenommen sein.

Großbritannien.

London, 10. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unter-
hauses erklärte der Unterstaatssekretär Ferguson, die Regierung
habe keine Mittheilung über irgend welche deutschen Expeditionen
nördlich des Gebiets oder hinter dem Gebiete, welches der süd-
afrikanischen Gesellschaft gehöre. Die in den Jahren 1886
und 1887 eingegangenen Verpflichtungen, welche von den Deutschen
beträfen Gebiete, in denen die englischen und deutschen ostafrikanischen
Gesellschaften interessiert seien. Zwischen den betreffenden
Regierungen sei vereinbart worden, daß während der Unterhand-
lungen der status quo so weit möglich hinsichtlich der in Frage
stehenden Gebiete aufrecht erhalten werde.

Frankreich.

In Frankreich ist jetzt ein Fall vorgekommen, der auch
dort die Frage der Entschädigung für unschuldig Ver-
urtheilte in Fluß bringt. Ein Mann Namens Vorras ist
wegen Vertheilung an einem Mord zum Tode verurtheilt und
dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Nachdem
er drei Jahre lang gefesselt, stellt es sich heraus, daß er unschul-
dig ist. Das französische Gesetz kennt für diesen Fall nicht einmal
eine bürgerliche Rehabilitation, und so hat der Präsident der Re-
publik den Unschuldigen "begnadigt"; er wurde vor die Thür des
Gefängnisses gesetzt, nachdem ihm der Prozeß, die Haft und die
Suche nach Beweisen seiner Unschuld sein Vermögen gerichtet hat,
anderer Nachtheile nicht zu gedenken. Einmüthig verlangt jetzt
die Presse eine Aenderung dieser Zustände, und bereits ist in der
Kammer ein Gesetz-Entwurf angekündigt, der die bürger-
liche Ehrenrettung und materielle Entschädigung unschuldig
Verurtheilter vorsieht. Aber der Fall hat noch eine
größere Tragweite: er lehrt seine Spitze gegen die Todes-
strafe selbst. Wie leicht hätte der Verurtheilte die ihm zuerkannte
Strafe erliden müssen! Denn in Frankreich besteht nicht bloß die
Todesstrafe zu Recht, sondern sie wird auch auf Grund juristi-
scher Traditionen ziemlich leicht vollzogen. Die Gefahr, daß ein
unschuldig Verurtheilter hingerichtet wurde, lag also ziemlich
nahe. Es wäre allerdings nicht das erste Mal gewesen, wie die
von den Blättern veröffentlichte Liste der französischen Justiz-
morde aus dem laufenden Jahrhundert beweist. Wenn die ange-
regte Agitation ihr Ziel erreichen will, so muß sie also die An-
schaffung der Todesstrafe verlangen. Mit Recht sagt Vacquerie
im "Appel": "Es nützt nichts, wenn die Justiz erklärt, sie sei
nicht unfehlbar. Sie ist in der That nicht unfehlbar, der Fall
Vorras, nach so vielen anderen Fällen, schreit es zum Himmel.
Aber eine solche Justiz magt es, zum Tode zu verurtheilen? Eine
Justiz, die nicht unfehlbar ist, hat nicht das Recht, eine Strafe
anzusprechen, die nicht mehr gut zu machen ist. Man hat nicht
das Recht, Einem den Kopf abzuschneiden, wenn man nicht, für
den Fall, daß man sich irrt, ein Mittel hat, ihm den Kopf wie-
der aufzusetzen." Hoffentlich kommt die Republik bald zu
einem Zustande, der ihrem Wesen mehr Ehre macht als der bis-
herige.

Paris, 7. Juni. Der Minister des Innern Constans hat
ein Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter ansgearbeitet,
welches er dem Finanzminister Rouvier demnächst vorlegen wird.
Hiernach sollen etwa 3 Millionen Arbeiter an der Versorgung
theilnehmen. Nach dreißigjähriger Arbeit soll die Altersrente
bei einem jährlichen Beitrage von 85 Frs. zwischen 240 und 360
Franks betragen. Die Durchführung des neuen Gesetzes wird für
den Anfang eine jährliche Ausgabe von 2 1/2 Millionen Franks
beanpruchen.

Paris, 10. Juni. Gestern Abend fand, einem Telegramm
des "B. Z." zufolge, unter Theilnahme des Deputirten Ferroul
und des Stadtraths Bailant ein großes Protestmeeting der
Marxisten gegen die Verhaftung der russischen Abhülsten statt.
Guesde will diese Entrüstungsmeeing auf die Provinz ausdehnen.
Guesde ergriff gestern das Wort und begann folgendermaßen:
"Die französische Presse protestirt nirgends gegen die Verhaftung
der russischen Revolutionäre, denn in Paris herrscht augenblicklich
das russische Gold. Wenn man uns vor zwanzig Jahren gesagt
hätte: 'Die Republik verhaftet fremde Gesächte'; dann hätten
wir geantwortet: 'Zur Verleumdung die Republik!' Aber nicht
nur russisches Gold herrscht in Paris, sondern auch die russische
Polizei. Kaum hatten die Verhaftungen stattgefunden, so kam
hier auch schon ein Mitglied der dritten Abtheilung, Oberst
Popoff, an. Seitdem leidet nicht mehr der Polizeipräsident, sondern
Popoff die Operationen." Guesde protestirte dann heftig gegen
die russische Allianz, die, selbst wenn mit ihrer Hilfe Deutschland
besetzt wäre, die asiatische Barbarei über den Westen Europas
bringen werde. Schließlich ward eine Tagesordnung angenommen,
in welcher die Verlegung des Asylrechts durch die französische
Regierung getadelt und den russischen Verhafteten der Ausdruck
der Sympathie übermittelt wird.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission, welche gestern ihre erste
Sitzung nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags abhielt,
erklärte die Wahlen der Abgeordneten Kaufmann (Wiesbaden)
deutschfreisinnig, Freiherr von Minnigerode (18. Hannover) Welse,
Kaeithel (Hof) deutschfreisinnig, Schneider (7. Arnberg) national-
liberal für gültig.

Von den einzelnen Wahlen führte besonders die des Abgeor-
neten Kaeithel, der nur mit einer Majorität von 88 Stimmen
gewählt ist, zu einer sehr eingehenden Debatte. Im Wahlbezirk
Schönwalde, des Kreises Hof soll nämlich nach einer von dem
Förder Oskar Müller aus Sophienruth erstatteten Anzeige die
Oeffentlichkeit der Wahlverhandlung dadurch ausgeschlossen worden
sein, daß im Laufe des Nachmittags 6—8 Minuten die Thür zu dem
Wahllokal verschlossen blieb. Diese Maßnahme des Wahlvorstandes,
vorausgesetzt, daß die Behauptung des Förder Müller sich als richtig
erweist — wurde zwar nicht als so erheblich erachtet, daß davon
eventuell die Gültigkeit der Wahl abhängig zu machen sei, wohl
aber soll der Reichstanzler erfucht werden, eine Untersuchung des
Falles zu veranlassen und dem Reichstag über das Ergebnis
dieser seiner Zeit Mittheilung zukommen zu lassen.

Gelegentlich der Prüfung der Wahl des Abgeordneten
Schneider (Arnberg) wurde konstatiert, daß der Wahlkommissar,
in direktem Widerspruch mit der Bestimmung des Artikels 18 des
Reichswahlgesetzes, monach über die Gültigkeit der Wahlzettel,
mit Vorbehalt der Prüfung des Reichstags, allein der Vorstand
des Wahlbezirktes zu entscheiden hat, ungültig erklärte Stimmzettel
für gültig erklärte und so eine ihm nicht zustehende Korrektur des
Wahlergebnisses vornahm. Auf das endgiltige Wahlergebnis hat
diese unzulässige Maßnahme des Herrn Wahlkommissar allerdings
keinen Einfluß gehabt, aber die Kommission glaubte doch, den
Fall speziell hervorheben zu sollen, um der Regierung Anlaß
zu geben, dafür zu sorgen, daß der betreffende Beamte über den
Umfang seiner Pflichten und Aufgaben eines Besseren belehrt
werde. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Abg. Auer und Gr. haben die Einstellung des
gegen den Abg. Stadthagen wegen Beleidigung und wegen Haus-
friedensbruchs anhängigen Strafverfahrens, sowie das gegen den
Abg. Schmidt (Eachsen) wegen Beleidigung anhängigen Privat-
klageverfahrens beantragt.

Der Bericht der Reichstags-Kommission zur Vorberathung
des Gesehtwurfs betreffend die Gewerbegerichte ist zur Vertheilung
gelangt. Ein neuer vierter Abschnitt ist auf Antrag Miquel ein-
gefügt worden als § 33a: "Das Gewerbegericht ist verpflichtet,
auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstandes des Kom-
munalverbandes, für welchen dasselbe errichtet ist, Gutachten über
gewerbliche Fragen abzugeben, und kann zu diesem Behufe Aus-
schüsse aus seiner Mitte zur Vorprüfung derselben bilden. Diese
Ausschüsse müssen, sofern es sich um Fragen handelt, welche die
Interessen beider Theile berühren, zu gleichen Theilen aus Arbeit-
gebern und Arbeitern zusammengesetzt sein. Das Nähere bestimmt
das Ortsstatut. In gleicher Weise ist das Gewerbegericht be-
rechtigt, in gewerblichen Fragen, welche die seiner Gerichtsbarkeit
unterliegenden Betriebe betreffen, Anträge an Behörden
und an Vertretungen von Kommunalverbänden zu richten." In
der Debatte wurde bemerkt, eine Thätigkeit der Gewerbe-
gerichte nach dieser Richtung sei um so erwünschter, wo Gewerbe-
kammern fehlten. In Dänemark aber, wo Gewerbeämtern mit
dieser Aufgabe beständen, könne trotzdem eine derartige Be-
stimmung Bedenken nicht erregen, eine Kompetenzstreitigkeit könnte
nicht eintreten. Vom allgemeinen Standpunkt sei erwünscht, daß
in gewerblichen Fragen unparteiische Gutachten abgegeben wür-
den, namentlich bei den heutigen vielfachen sozialen Schwierig-
keiten. Bedenken gegen eine solche Thätigkeit der Gewerbe-
gerichte seien nicht zu erheben. Zur Abänderung des letzten
Satzes wurde angeführt, daß das vorgeschlagene Recht die Er-
gänzung der Pflicht zur Antwortvertheilung sei, und die Gewerbe-
gerichte noch mehr die Funktionen von Gewerbeämtern ausüben
könnten.

Arbeiterbewegung.

In Leipzig fand am 7. Juni eine Versammlung der
Schmiede statt, in welcher über den Verlaß des zu Pöngsten in
Halle a. S. abgehaltenen deutschen Schmiedetages berichtet wurde.
Es waren dort 42 Vertreter aus 37 Orten anwesend. Die Lage
der Gewerkschaft wurde allgemein als eine taurige, am günstigsten
in Hamburg, am ungünstigsten in Breslau dargestellt. Bei Ge-
währung von Kost und Wohnung beträgt der Wochenlohn in den
östlichen und westlichen Provinzen 3—6 M. bei 11—13stündiger
täglicher Arbeitszeit, ohne Kost und Wohnung der Stundenlohn
für Schmirremeister 28—35 Pf., für Stockgesellen 23—26 Pf. Der
Kongreß rief als geeignetes Mittel zur Beseitigung dieser Verhält-
nisse die Gründung einer zentralen Organisation der Gewerkschaft
über ganz Deutschland an. Die Versammlung trat den Kongreß
beschlüssen bei.

Die Arbeiter in Magdeburg haben der "Frankf. Ztg." zu-
folge beschlossen, nochmals mit den Meistern in Unterhandlung
zu treten. Es soll den Meistern anheim gegeben werden, eine
Kommission zu wählen, die mit den Vertrauensmännern der Ge-
seltschaft verhandeln könne. Im Falle die Meister auf diesen Vor-
schlag nicht eingehen, soll die Gründung eines Bureaus in Aus-
sicht genommen werden, das sich mit der Annahme und Vergütung
von Malerarbeiten beschäftigt. Die Unternehmer haben jedoch
diesen Vorschlag abgelehnt.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz: Ueber die
Streitbewegung in Hamburg, die uns von Herrn W. Meijer zu-
gegangen war, sind einige Druckfehler Rehen geblieben.
Auf Zeile 24/25 muß es heißen: Die Annahme basirt... auf
der... un begründeten Auffassung; auf Zeile 34 ist
nicht: glaube sondern "glaubt" zu lesen und auf Zeile 35 soll es
heissen: "dagegen nehmen wohl."

Theater.

Mittwoch, den 11. Juni.
Opernhaus. Ein Maskenball.
Schauspielhaus. Die Geier-Walze.
Festung-Theater. Der Fall Clemenceau.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Mamsell N. touché.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Berliner Theater. Dr. Wespé.
Deutsches Theater. Der Richter von Galamea.
Ostend-Theater. Marie, die Tochter des Regiments.
Belles Alliance-Theater. Der Nauhilus.
Proll's Theater. La Traviata.
Kaufmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Neue Welt. Bergschlossbrauerei, Hasenhaide.

Heute, Mittwoch, 1804
Kinderfest m. Gratisverloos. Hauptgewinn: **Ziegenbodengespann.**
Von 4 Uhr Gr. Concert und Specialitäten-Vorstellung.
Nachm. ab: Puppentheater. Stangenklettern. Wolltrönnen. Bondonrogen. Postzug.
Entree 15 Pfg. Kinder, die eine Mütze, ein Ge- 10 Pfg.
Morgen: Schenk und ein Freiloos erhalten.
Donnerstag: **Maßen-, Land-, Wasser- u. Kriegs-Genererwerk.**
Eroberung v. Kilwa, unter Mitwirkung v. Negern, Matrosen, Arabern etc.

Große öffentliche Versammlung
sämtl. Maurer u. Putzer

Berlins und Umgegend
am Donnerstag, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in der Aktienbrauerei **Friedrichshain**, früher Lips.
Tages-Ordnung:
1. Die Vorlage der neuen Gewerbeordnung. Referent: Reichstags-Mg. Alb. Schmidt.
2. Stellungnahme zu der beabsichtigten Zentral-Streit-Kontrollkommission.
3. Die Lage des Hamburger Streiks.
4. Verschiedenes.
[1815] Eine recht rege Beteiligung erwartet
Der Einberufer.

Gr. öffentl. Versammlung
der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend
am Donnerstag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr,
im **Königstadt-Kasino**, Holzmarktstraße Nr. 72.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschlüsse und Verhandlungen der letzten Generalversammlung des U.-B. D. Tabakarb. in Berlin. Ref.: L. Dechand u. H. Werner.
2. Beschlüsse der letzten Delegierten-Versammlung.
3. Wie stellen sich die Tabakarbeiter zur Gründung einer Lokal-Fachorganisation?
4. Stellungnahme zur Zentral-Streit-Kontrollkommission event. Wahl von drei Delegierten.
5. Verschiedenes.
[1812] Wegen der Wichtigkeit und Vielseitigkeit der Tagesordnung wird gebeten, zu dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen; es wird präzise angefangen.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
aller Lackierer Berl. u. Umgeg.

am **Sonnabend**, den 14. Juni, Abds. 8 1/2 Uhr,
in **Scheffer's Salon**, Inselstr. 10.
Tages-Ordnung:
Berathung des von der Kommission ausgearbeiteten Lohntarifs.
Diskussion und Verschiedenes.
Kollegen, erscheint Alle Mann für Mann.
[1810] Die Lohnkommission.

Öffentliche Steinmetz-Versammlung

am **Donnerstag**, den 12. Juni, Abends 8 Uhr,
in der **Ahrens'schen Brauerei**, Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Pöns über: **Pflicht und Recht der öffentlichen Bethätigung.**
2. Wie stellen sich die Berliner Steinmetzen zur Wahl der Zentral-Streit-Kontrollkommission event. Wahl derselben.
3. Verschiedenes.
[1799] Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Einberufer.

Unserordentl. Generalversamml.
der Modelltischler Berlins u. Umgegend

am **Montag**, den 16. Juni, Abends 8 Uhr,
im **Restaurant „Wedding“**, Müllerstr. 178.
Tages-Ordnung:
Auflösung des Vereins.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.
[1809]

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher arbeitslosen Maurer, Putzer und Zimmerer

am **Donnerstag**, den 12. Juni, Vormittags 10 Uhr,
im **Saale der „Berl. Bock-Brauerei“**, Am Tempelhofer Berg.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage des Hamburger Streiks. (Referent kommt von Hamburg).
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Arbeitslosen ist dringend notwendig.
[1816] Der Einberufer.

Sozialdemokr. Wahlverein des G. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Große Versammlung.
am **Donnerstag**, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
im **Saale der Volks-Brauerei Alt-Moabit Nr. 47.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht über: Die Aufgaben des neuen Reichstages. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Um zahlreichen Besuch ladet ein
[1821] Der Vorstand.

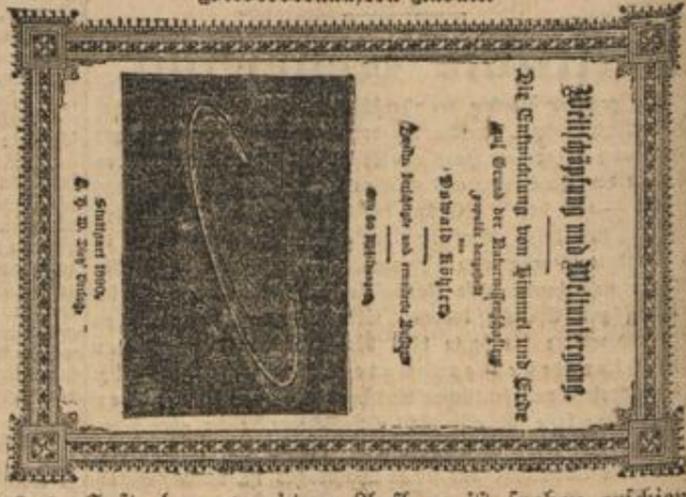
Berein zur Wahrung der Interessen der Wollarbeiterinnen.

Versammlung.
am **Donnerstag**, 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in **Jordan's Salon**, Neue Gränstr. 28:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Stadtverordneter O. Heindorf.
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes.
Herren und Damen als Gäste haben Zutritt. — Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlng statt.
[1802] Der Vorstand.

Große öffentliche Volks-Versammlung

Heute, Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
im **Lokale Königsbank**, Gr. Frankfurterstr. 117.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Arbeiter Berlins zum großen Weberstreik in Greiz. Referent: Stadtv. Otto Heindorf.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Alle Gewerkschaften werden hierin eingeladen.
Der Einberufer: **M. Kurtze.**
[1818]

Complet in 15 Lieferungen à 20 Pf.
Wiederverkäufern Rabatt.



Das 1. Heft der zweiten Auflage ist soeben erschienen und durch unsere Expedition, Beuthstr. 3, zu beziehen.

R. J. Suter, Berlin N.,
Zionskirchstr. No. 44.
Kastanien-Allee No. 60.
Fussboden-Glasur-Lack-Farbe
trocknet in 4-5 Stunden hart und glänzend, macht das Überlackieren überflüssig. Das unangenehme Kleben ist vollständig ausgeschlossen. Nasse Witterung hat keinen Einfluss auf meine Farbe. Aufträge führe nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages oder gegen Nachnahme aus. Preis à Pfund 75 Pfennige.
Acht die brillante Farbe! und in so kurzer Zeit getrocknet.
Jo das ist Suter'sche Fussboden-Glasur-Lack-Farbe und kostet nur 75 Pf. das Pfund.
Für Berlin: Von 5 Pfund an frei ins Haus. Telefon: IIIA Nr. 8921.

Nur 1 Mark
kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.
Otto Eleser,
Uhrmacher (Nachmann),
Mannstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Tischler-Verein.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Heinrich Godemann
am 8. Juni 1890 gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Juni, Nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs aus statt.
Der Vorstand.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preiss.
Fabrik. Emil Heyn,
Brennenstraße 29, Hofpartee.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Achtung!
Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß das
Kränzchen
des „Rauchklub Angra Pequena“ am Sonnabend, den 14. Juni 1890, im Salon des Herrn Fenske, Fandenbergstraße 37, Abends 8 Uhr, stattfindet.
Alle Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Eisenwaren, Werkzeuge,
Haus- und Küchengeräthe
E. Vogtherr, Berlin O.,
Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl.
(Sonntags geschlossen.)

Im Tuchgeschäft
Prinzenstr. 53,
gegenüber der Turnhalle wird gesucht:
Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots,
sowie **Damenkleider etc.**
Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen.
[1784]

Himbeersaft,
die m. feinst. Zucker eingekocht Liter 1,50
Rothwein, Portwein, Flasche 1,50
Medizinischer Ungarwein,
Maitraut incl. Flasche 75 Pfennige.
Zugwer, Luft, Pommeranzen 1,00.
Franz Beyer, Prinzenstr. 15

Platinabfälle, wie Draht aus Glühlampenc. lauft Bergwitz, Dragonerstr. 27.
[1820]

Jede Uhr
zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen.
E. Rothert & Stoiz, Uhrmacher,
Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.

Spiritus-Lad
auf Goldbleiben und schwarz polierte Leistenfabrikation (Harter) wird gesucht. Anträge mit Muster und Preisangabe unter Adresse: **V. Sponer, Goldbleiben-Rahmen-Fabrik, Prag, Benzelplatz 15.**

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.**
Garantirt scharf brennende **Tabak.**
Strenge reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hadeschen Markt.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Tischler auf keine Artikel verlangt **H. Nürnberg, Adesstr. 35.**
Tüchtige Arbeiterinnen auf Knaben-garderobe finden dauernde Beschäftigung bei **Adolf Meyer & Co., Beuthstr. 3 L.**
Einen Hausdiener, der Bier abziehen kann, verlangt **Hollin,** 1814 **Goldbergerstr. 25.**
Gesucht gelbte Sammetseidewirnen und solche die es erlernen wollen, bei neuerd. wied. erhöht. Lohn.
Berliner Velvetfabrik
(M. Mengers u. Söhne)
Königsplatz 18-20.
[1774]

Nähmaschinen ohne Anzahlung
verkauft ich bei geringer Anzahlung. Das Nähen wird unentgeltlich erlernt und Arbeit nachgewiesen. **Reichenbergerstraße Nr. 141, Quergebäude 2 Treppen links.** [1807]

Eine möbl. Schlafstelle ist sofort an zwei Herren zu vermieten bei Frau **Gubela, Forsterstr. 57, 1 Tr.** [1808]

Hasenhaide
Ausstellungs-Park.



Grosses Doppel-Concert.
Tyroler Sänger.
16 Eingeborene aus dem Kivu-Lande.
Vorstellung und Produktion von Nachm. 4-9 Uhr Abds. stündl. Ch.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.
Auftreten d. Piederjängerin **Hel. Stoznow.**
Auftreten des Gesangshumoristen **Herrn Jonas.**
Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators **Herrn Gedicke.**
Auftreten des Geschwister **Herzog.**
Auftreten des musikalischen **Neger-Klown Mr. de Dolls.**

Stabliement Buggenhagen
am **Moritzplatz.**

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion **A. Hödman.**
Diensttag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Wochentags 10 Pfg.
Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von **Paizenhofer Export-Bier, Seidel 1/5 Pf.**
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
[641] **F. Müller.**

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. u. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.

Servicovortrag. Sehenswürdigk. d. Residenz. In dieser Woche: Zum ersten Male: Vierte Reise durch die **Pyrenäen.**
Neu! Zum ersten Male: Hochinteressant: **Fiam.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Jede Uhr
zu repariren (außer Uhrwerk) kostet bei mir **1,50 Mark**

unter Garantie des Gut- und Nichtgehens. M. Reparatur in entspr. billig. Lager aller Arten Uhren, Gold- und Silberwaren.
[674]

C. Wunsch, Mannstr. 38,
u. d. Drianiensplatz.

Achtung! Kein Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie für amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Bsd. 60 Pfg. 234
H. F. Pinolage,
Kottbuserstraße 4, Hof part.

Tüll-Gardinen,

Fenster 2, 3, 5, 8 Pfl. Stores 1 Ml.
Fabrikverkauf **Jimmerstr. Nr. 86,**
Hof part. [85]
Soeben erschien:
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von **Max Schippol.**
Heft II. Heft 2:
Zur Naturgeschichte
der
antijemittischen Bewegung
in Deutschland.
Von **Gerhard Krause.**
Preis broschirt 15 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Zu beziehen durch unsere Expedition, Beuthstraße 3.

Jahre hinausgedrängt. Man hat dadurch nicht den Grenzgraben zwischen Deutschland und Frankreich vertieft, wohl aber dem Herzen des Volkes eine tiefe Wunde geschlagen. Dieser Pöbelschwall ist eigentlich eine Grenzsperrung und nur wenige Sterbliche können durch den Schlagbaum kommen, der zwischen beiden Ländern errichtet ist. Man wollte durch diese Mauer den Geist der Unabhängigkeit der Elässer an Deutschland fesseln und den französischen Geist mildern, es ist aber nichts erreicht worden als eine Verhöhnung des Volkes und Hohn und Ingrimm über eine Verhandlung, die man nicht für möglich gehalten hat. Im Auslande hat über diese Maßregel nur Schadenfreude geherrscht. Auch die Beamten haben keine Freude an dieser Maßregel, es ist ihnen ihre Wirksamkeit außerordentlich erschwert worden. Im ganzen Lande und seiner Vertretung herrscht allgemein eine große Mißstimmung. Viele Familien sind aus dem Elß nach Frankreich gewandert. Wenn nun, wie der Reichskanzler bemerkte, einige von den ausgewanderten jungen Leuten bei ihrer Rückkehr nach Elß-Lothringen sich übermäßig betragen haben, warum hat man nicht gegen sie das Ausweisungsgesetz angewandt? Gegen einige junge Burschen, die ein freches Maul haben oder Andere nennen, braucht man doch nicht die Sperre oder den Pöbelschwall. Viele Familien sind durch den Pöbelschwall in ihren innersten Gefühlen tief verletzt worden. Es wurde der Vater vom Sohn, die Tochter von der Mutter getrennt gehalten. Wie viele Thänen sind vergossen, wie viele Jammerjahren haben sich abgelebt, nicht bloß an der Grenze, sondern auch vielfach im Lande! Frankreich wollte man schädigen, und man hat uns geschädigt. Ich bin erstaunt gewesen, daß der Reichskanzler sagte, daß Elß-Lothringen ein Schlachtfeld werden könnte, daß französische Offiziere die Pläne von Elß-Lothringen nach Frankreich bringen könnten. Wer ein Spion ist, weiß auch ohne Paß durchzukommen. Er braucht nur den Umweg über Basel und Belgien zu machen. Wer so offen die Strafe geht, ist nicht gefährlich. Nur möchte ich wissen, ob nicht ganz Deutschland, Italien und Frankreich durchspioniert wird. Dieses Uebel häftet allen Nationen der Neuzeit an, und nur diejenigen sind schuldig, die sich ertappen lassen. (Sehr gut!) Mit dem Pöbelschwall oder der Grenzsperrung hält man dieses Geschmeiß nicht ab. Woher schießt sich denn die ganze Sperre? Aus der Zeit des Regimes des Generals Boulanger und der Barraden auf den Vogesen. Nun, beides ist beängstigend; warum geht noch die Sperre? Es läßt sich kaum vor der Humanität rechtfertigen, ein Land für das zu strafen, was in einem Augenblick politischer Erregung geschehen ist. Zur Beseitigung notorisch schädlicher Elemente genügt, wie gesagt, das Ausweisungsgesetz. Es wird kein Friede werden, als bis der Pöbelschwall aufgehoben ist. Nun hat der Reichskanzler gesagt, man werde gnädig verfahren und reichlich Pässe gewähren. Dadurch wird die Unsicherheit nicht beseitigt, wenn nicht das Recht gilt, sondern die Günst. Der Pöbelschwall hat den Charakter eines Anomaliegesetzes. Alle Anomaliegesetze erreichen das Gegenteil von dem, was sie wollen. Die Sozialdemokraten sind die bestorganisierte Partei und das Zentrum die nächste. Darum kann ich nur meine Bitte wiederholen, daß der Pöbelschwall endlich beseitigt werde. (Beifall bei den Elß-Lothringern.)

Abg. Höffel (R.P., im Elß gewählt): Ich danke dem Herrn Reichskanzler für die Zusicherung, daß in Zukunft eine mildere Praxis in der Ausübung der Pöbelschwall eingeführt werden soll, ich danke aber auch dem Herrn Kollegen, der die Interpellation eingebracht und für das Wohlwollen, daß er meinen engeren Vaterland entgegengebracht hat. Der Elß-Lothringern lieb hat, muß wünschen, daß diese Maßregel in Zukunft nicht bestehen kann. Die wirtschaftliche Sädigung des Landes läßt sich zahlenmäßig an dem Rückgang des Verkehrs nachweisen. Das Deutschthum hat durch diese Maßregel auch keine Fortschritte gemacht. Durch ziellose Propaganda hätte nicht erreicht werden können, was die Pöbelschwall bewirkt hat. Eine mildere Praxis kann nicht durch eine Aenderung in der Anwendung der Verordnung, sondern nur durch Aenderung der Verordnung selbst erfolgen. Es kann nur von Schaden sein, wenn ein Beamter auf diese Weise, ein anderer auf eine andere verfährt. Alle persönliche Willkür muß so viel wie möglich beseitigt werden. Hoffen wir, daß die veränderten Regierungen zur Einsicht gelangen werden, daß die Strafe — denn eine solche ist es —, die auf uns lastet, bald von uns abgewälzt wird. Es ist gesagt worden, daß Hochverratsprozesse den Grund dazu gegeben haben. Die sind in Elß-Lothringen nicht mehr vorgekommen als in anderen Landestheilen. Die Geschichte Elß-Lothringens beweist, daß es die Liebe zu seiner Religion und die Achtung vor dem Gesetze stets hochgehalten hat, ist ein gutes, gesundes, konsequentes Volk, das in sich selbst das beste Mittel trägt gegen alle Böhlerien von außen. Der Assimilationsprozeß wird um so kürzer sein, je besser es die neue Herrschaft versteht, die isolierten Eigentümlichkeiten zu schonen, einen gesunden sozialen Ausbau zu fördern und gute wirtschaftliche Zustände zu schaffen. Durch die Pöbelschwall ist das Deutschthum nur um etliche Jahre zurückgeworfen worden. Alle gesunde Entwicklung ist geswunden, die größte Atrophie des öffentlichen Lebens herrscht im Lande. Die Aufhebung der Pöbelschwall liegt deshalb ebenso sehr im Interesse Deutschlands wie in dem Elß-Lothringens. Das Reichsland darf nicht wie eine Art Militärgrenze behandelt werden, das nur zur Sicherung der Reichsgrenze angesetzt ist und bei dem man keine Rücksicht auf die Einwohner zu nehmen hat. Bei der Beurtheilung der reichsländischen Zustände und bei den Anforderungen an die Leistungen der Elß-Lothringern muß man Geduld haben. Lassen Sie uns unsere Eigentümlichkeiten, geben Sie uns Zufriedenheit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, das ist die beste Art der Germanisirung.

Abg. Hinkel (Soz., gewählt in Mülhausen i. G.): Die Pöbelschwall hat sämtliche Geschäftskreise geschädigt und nachtheilig auf das ganze Volk eingewirkt; auf diesem Wege können Sie nicht weiter. Sie müssen den Pöbelschwall aufheben, wenn Sie nicht das Land und das Volk ruinieren wollen. Sie erreichen damit auch nicht, was Sie erreichen wollen. Sie machen mit dem Pöbelschwall das Volk nur unzufrieden und helfen damit bloß unsern Werken, indem Sie das Volk zu Sozialdemokraten machen. (Heiterkeit.) Beim großen Arbeiterstreik haben sich 20 000 Arbeiter auf der Strafe befunden, ohne daß die Polizei im Geringsten veranlaßt gewesen wäre, einzuschreiten. Wenn das Volk so friedliebend ist, wozu solche Polizeimaßregeln in Elß-Lothringen? Sie können mit Krieg und Schwertern Länder gewinnen, aber die Herzen des Volkes gewinnen Sie so nicht. (Beifall links.)

Abg. Helles (Elß): Ich bin es meinen Wählern schuldig, den Erklärungen der Redner gegen die Pöbelschwall vollständig beizustimmen, umso mehr, da die Folgen des Pöbelschwalls in Elß und Lothringen noch jähbarer sind als im Elß. Der Gebrauch der deutschen Sprache hat sich seit einigen Jahren mehr verbreitet, aber die Gemüther sind der Germanisirung keineswegs näher getreten. Daran ist zum guten Theile der Pöbelschwall schuld. So denken nicht bloß die Einheimischen, sondern auch die Altdeutschen selbst. Die Pöbelschwall müssen zuerst gemildert und dann abgeschafft werden.

Abg. Richter (D.): Der Reichskanzler hat gemeint, daß es zweckmäßig sei, wenn man eine Interpellation beabsichtige, die sich auf auswärtige Angelegenheiten beziehe, sich vorher durch Rücksprache bei ihm zu gewissern, ob diese öffentliche Erörterung angemessen ist. Ich kann mir Fälle denken, in denen ein solches Verfahren durchaus angezeigt erscheint, aber ich kann den Sach in der Allgemeinheit nicht gelten lassen, und nicht in Bezug auf den vorliegenden Fall. Es giebt wenig Fälle parlamentarischer Erörterung, in denen nicht auch ein Verhältnis zum Ausland in Frage kommt. Das ist z. B. bei allen kolonialpolitischen Erörterungen, bei allen Handelsverträgen, vor allem auch bei allen Militärfragen der Fall. Die Regierung selbst hat bei der Militärvorlage kein Bedenken getragen, die Begründung speziell auf französische Militärverhältnisse zu stützen und hat damit den

Anfang gemacht, diese Verhältnisse parlamentarisch zur Erörterung zu ziehen. Wenn der Sach des Reichskanzlers richtig wäre, so würde ein sehr großer Theil unserer parlamentarischen Erörterungen aus der Öffentlichkeit überhaupt auscheiden. Wir könnten dann keinen Titel der auswärtigen Staatsdiskussion. Nun könnte man ja sagen, hier handelt es sich um eine Interpellation. In meinen Augen ist eine Interpellation gar nicht ein solcher feierlicher staatspolitischer Akt. Die Form der Interpellation ist allerdings mehr und mehr außer Gebrauch gekommen. Ich bedauere das, und auch die Regierung hat Ursache, es zu bedauern, weil sie eine Form der parlamentarischen Erörterung ist, die beiderseits verbindlich und zwanglos ist und die deshalb der Verständigung mehr vorzuziehen geeignet ist, als es auf anderem Wege der Fall ist. Im vorliegenden Falle ist die Sache übrigens im elß-Lothringischen Landesausschuß verhandelt worden, obgleich dort die Gefahr ungünstiger Berührung ausländischer Verhältnisse viel größer ist, und von nationaler liberaler Seite ist bei der Staatsberathung in der letzten Session von dem Abg. Petri die Frage in viel schärferer Weise zur Erörterung gestellt worden als heute von mir. Der Verlauf der heutigen Verhandlung hat auch gezeigt, daß es sich hier vorwiegend um wirtschaftliche und polizeiliche Einrichtungen im Innern und weniger um die Beziehungen zum Auslande handelt. Dann meinte der Reichskanzler, es wäre für die Wirkung dieser Einrichtung schädlich, wenn man sie hier erörtert; die Elässer würden sich dann noch schwerer daran gewöhnen. Es giebt Dinge, an die man sich überhaupt nicht gewöhnen kann. Die Pöbelschwall gehört zu den Einrichtungen, die in unserem Jahrhundert überwunden sind und im Widerspruch stehen mit allen modernen Einrichtungen, die sich niemals eingebürgern werden und in der Gesetzgebung nur als vorübergehende Maßnahmen angesehen werden können. Ich habe an der Germanisirung Elß-Lothringens dasselbe Interesse wie die Regierung. Das sind aber nicht die Mittel zur Germanisirung, sondern ihr entgegenzuwirken, ebenso wie das Sozialistengesetz, das die Sozialdemokraten zu unterdrücken erlassen war, eine agitatorische Kraft zu Gunsten der Sozialdemokraten geübt hat. Auch bei dem Sozialistengesetz hat man hier bis in die letzte Zeit gesagt, man müsse nur nicht so oft über die Aufhebung sprechen, damit die Sozialdemokraten nicht immer von Neuem bekommen, daß es fallen werde, und man hat deshalb vorgeschlagen, es dauernd zu machen. Darin ist bei der Regierung eine vollständige Aenderung in den Ansichten eingetreten; man hat erkannt, daß es kein taugliches Mittel zum Zwecke ist. Für die Zwecke der Germanisirung sind die Polizeimaßregeln auch kein taugliches Mittel, und deshalb wie ich die Hoffnung nicht auf, daß bei der Regierung ähnlich wie bei dem Sozialistengesetz andere Ansichten über die Zweckmäßigkeit dieser Polizeimaßregeln durchdringen werden. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Ich glaube, daß die Pöbelschwall das Gegenteil von dem bewirkt und auch ferner bewirken wird, was wir erreichen wollen. (Zustimmung.) Sie greift so sehr in die materiellen und Familienverhältnisse des Landes ein, daß man immer von Neuem ihre Aufhebung erwägen muß. Es sind auch in der Ausführung einzelne Fälle vorgekommen, die verlegen und selbst empörend mühen, weil man die Familienbande nicht geschont hat. Auch ohne diese Maßregel würde unsere Justiz und Verwaltung das Nöthige besorgen können. Im Landesauschuß, der doch sonst von der Regierung anerkannt wird, haben sich alle Parteien gegen die Maßregel ausgesprochen. Das sollte doch auf die Regierung Eindruck machen. Die Maßregel kann in der Art, wie sie jetzt ist, nicht fortbestehen. Wenn sie auch nicht schon morgen aufgehoben werden kann, so müssen doch die einleitenden Schritte zur Aufhebung thunlichst rasch geschehen. So lange die Aufhebung nicht erreicht ist, müssen Instruktionen erlassen werden, welche eine schonendere Handhabung sichern. Die Agitatoren weist man einfach aus, aber wer seine regelmäßigen Geschäfte treibt oder sich auf seinen väterlichen Besitzungen aufhalten will, den soll man nicht belästigen. Maßregeln, die einmal erlassen worden, können natürlich nicht im Handumdrehen beseitigt werden, aber auf die Dauer können sie nicht bestehen bleiben, und sie müssen auch milde gehandhabt werden.

Abg. v. Bardorf (Rp.): Es ist behauptet, diese Maßregel schade der Germanisirung, und das will ich in gewissen Grade zugeben. Das ist aber nicht die einzige Rücksicht, die wir zu nehmen haben. Es kommt auf die militärische Sicherung unserer Grenzen an. Diese mußte erfolgen, nachdem die Agitation in Elß-Lothringen so gewachsen war, daß die Sicherung nicht mehr genügend erschien. Wenn Hunderte von jungen Leuten für Frankreich optirten, dann sich in Elß permanent aufhielten, ihre Kameraden verlockten, die so thöricht gewesen seien, für Deutschland zu optiren und nun Dienste leisten müßten, während sie in Frankreich gar nicht oder nur acht Wochen zum Dienst herangezogen würden, so war das eine Gefährdung unserer Grenzen. Bei der Ausführung einer solchen, wie einer jeden anderen polizeilichen Maßregel kommen natürlich Ungleichlichkeiten vor. Ich würde mich auch freuen, wenn wir diese Maßregel mildern oder gänzlich aufheben könnten. Man soll sie aber nicht so hinstellen, als ob sie nur aus diktatorischen Gelüsten oder Vorliebe für polizeiliche Maßnahmen getroffen wäre. Wenn auch der elß-Lothringische Landesausschuß sich einstimmig für die Aufhebung ausgesprochen hat, so muß die Regierung doch auch auf ihre Verantwortung für die Sicherung unseres Vaterlandes Rücksicht nehmen. Bei der allmählichen Verabigung der dortigen Zustände wird die Maßregel hoffentlich gemildert und in Zukunft ganz aufgehoben werden können. Veratorisch und ungerechtigt ist sie aber keineswegs. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen: Die Maßregel ist als politische aus ganz besonderen, zwingenden Gründen erlassen worden. Der Reichskanzler hat heute erklärt, daß die Regierung zur Zeit nicht in der Lage sei, sie aufzuheben. Wegen der wirtschaftlichen Beschränkung und der Beeinträchtigung und Belästigung vieler Familien wünschen wir auch die baldige Aufhebung. Aber die Regierung ist für die Sicherheit dieser wiedergewonnenen altdeutschen Grenzlande verantwortlich, und sie dahin zu drängen, unter solchen Umständen die Maßregel aufzuheben, muß dem Deutschen Reichstage fern liegen. (Sehr richtig!) Die Bevölkerung Elß-Lothringens muß vor der Propaganda für die Wiederherstellung der Provinzen als französische geschützt werden. Wir haben zu dem Reichskanzler das volle Vertrauen, daß er seiner Zeit dieser Maßregel keine längere Dauer geben wird als unbedingt erforderlich ist. In der Zwischenzeit bleibt nur übrig, die Ausführung der Maßregel möglichst zu mildern, bis sie bei verbesserter Lage in den Grenzlanden und in ganz Europa aufgehoben werden kann. Möge sich auch die elßische Bevölkerung darüber beruhigen und die Regierung unnöthige Härten vermeiden.

Abg. v. Wittkammer (D.): Die Auffassung des Abg. Querber ist vollständig verfehlt, daß man mit dieser Maßregel glaubt, Frankreich zu schlagen, während wir geprügelt würden, und daß sie nur eine Strafe für das Elß sein solle. Die Maßregel hat keinesfalls irgend einen aggressiven Charakter gegen unseren Nachbarstaat oder die elßische Bevölkerung. Sie ist einfach eine Maßregel der Selbstverteidigung, der nationalen Interessen. Allerdings hat der Pöbelschwall für die Bevölkerung der Reichslande schwere wirtschaftliche und für die Familien nachtheilige Folgen, und ich finde es erklärlich, daß man aus Humanitätsgründen die Maßregel aufheben möchte, aber mein Standpunkt ist das nicht. Es ist sehr leicht, sich auf diesen Standpunkt zu stellen, aber die Regierung wird sich bei ihrer Verantwortung für die Sicherheit und nationale Ordnung im Reiche immer fragen müssen: wiegen die Nachteile der Fortdauer eines Zustandes, wie ihn die Pöbelschwall beseitigen soll, nicht sehr viel schwerer als jene humanen Bedenken? Ich bin auch Jahre lang amtlich in den Reichslanden thätig gewesen und erkenne an, daß es mir niemals leichter geworden ist zu verwalten, als gerade dort. Denn die Bevölkerung ist in allen Schichten von einer Legakität

der Gesinnung durchdrungen, die ich manchem alten deutschen Volkstamm wohl gönnen möchte, und aus dem Zustande des Volksgelüts in den Reichslanden heraus ist die Maßregel nicht möglich gewesen. Aber wir haben uns gegen das Eindringen der Fremden, wir haben die nationale Sicherheit und die Sicherheit der Bevölkerung gegen die störenden Agitatoren zu schützen. Wir erkennen die Nothwendigkeit der Maßregel für die Vergangenheit und auch für die Gegenwart völlig an und vermögen den Reichskanzler nicht zu einer vorzeitigen Aufhebung zu drängen. Jede Erleichterung würden aber auch wir mit Freuden begrüßen. (Beifall rechts.)

Die Interpellation ist damit erledigt.
Schluß 4 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Anträge aus dem Hause.)

Tokales.

Das Vorgehen der vereinigten Brauereidirektoren wurde von uns gestern an dem Verhalten des Herrn Hoppolt seinem Personal gegenüber gezeigt. Es giebt aber in Berlin noch mehr solcher Herren, wie das Benehmen des Brauereibesizers Herrn Oswald Berliner zeigt. Wir erhalten darüber folgendes Schreiben: Auf einen Artikel der „Volks-Zeitung“: „Erklärung der Berliner Brauereien“ vom 31. v. M., lieh ich am 1. d. M. im selbigen Blatte den Gegenbeweis dieser Erklärung publizieren. Daraus wurde am 3. d. M. von dem Brauereibesizer Oswald Berliner in der „Volks-Zeitung“ erwidert, daß meine Aussage auf Unwahrheit beruhe. Um den Beweis der Wahrheit anzutreten, erließ ich an genannte Zeitung ein Schreiben, um dessen Veröffentlichung ich bat. Dieses Schreiben wurde nicht mehr berücksichtigt. Ich sehe nicht ein, daß durch falsche Erklärungen das Publikum irre geführt werden soll und ersuche Sie daher nachstehende Zeilen zu veröffentlichen.

Auf die Erklärung des Herrn Oswald Berliner, Brunnenstraße 112 in der Nr. 126 vom 3. d. M. der „Volks-Zeitung“ habe ich zu erwidern, daß seine Aussage auf Unwahrheit beruht, oder betreffender Herr von dem Thun und Treiben seines Braumeisters gar nicht unterrichtet ist! — Der Braumeister betreffender Brauerei hat nicht die zuletzt eingestellten Berliner wegen Einstellung der Mälzerei entlassen, sondern nur solche, die sich seinerzeit am Auslande betheiligten, und das hat meistens die Kellern (die zuerst eingestellt) betroffen. Er ging sogar noch weiter und entließ Brauer, die — um ihre Forderung geltend zu machen — gezwungen waren, ihre Arbeitgeber oder deren Braumeister zu verklagen. — Ich hatte einen Brauereibesizer und Bierverleger verklagt, um auf diesem Wege meinen Lohn zu erhalten. Der Kollege Jettling, welcher ziemlich 8 Jahre bei Hagenhofer arbeitete, mußte den Braumeister Enders vor Gericht zitiren, um ein gerechtes Zeugniß zu erhalten. Wir sind beide, weil wir unser Recht suchten, entlassen worden! — Es sind jetzt noch Brauer, die nach uns eingestellt worden, bei Berliner beschäftigt.

Wer also auf die Weise in die schwarze Liste verzeichnet wird, ist gezwungen, Berlin zu verlassen, oder wenn es dazu an Mitteln fehlt, einfach seine Profession niederzulegen. — Wie stehen jetzt auf einem Standpunkt, welcher geradezu unerbötlich ist!

Die einzige Brauerei, welche von vornherein unsere Forderungen voll und ganz bewilligt hat, ist das Münchener Brauhaus und Herr Braumeister Berbe, der einzige, der sofort die Kollegen ohne Unterschied wieder beschäftigt. Dieser einzigen Brauerei ist es aber nicht möglich, uns vielen, die wir auf solche Weise um unsere Arbeit kamen, zu beschäftigen. — Es sollte daher das Publikum uns hierin unterstützen.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Max Kampfenkel,
Brauerei,
Brunnenstraße 112a, vorn 1.

In der Nummer 255 der „Volks-Zeitung“ ist ein Bericht über die Waisung des Vereins zur Verbesserung des Gewerbebetriebes erschienen. Dieser Bericht ist beachtenswert, weil die Mitglieder des Vereins zum Theile dem hohen Beamten thum und außer diesem fast durchgängig der Großindustrie angehören. Die Ansichten, welche in diesem Vereine ausgesprochen und die Beschlüsse, welche gefaßt werden, sind deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die gesetzgeberischen Akte der Regierung und die Verwaltungsmaßregeln des Handelsministeriums auf gewerblichem Gebiete.

Die Versammlung, welche unter dem Vorstehe des Unterstaatssekretärs Magdeburg tagte, wendete sich, nachdem Geheimreferent Dr. Wedding über die hohe Bedeutung des Mannesmannschen Verjahrs für die gesamte Eigenindustrie gesprochen hatte, der Beratung sozialer Fragen, insbesondere der Bekleidungsfrage zu. Der Geheimreferent Rath Henck, welcher Namens des vom Vereine eingesetzten Kommission referirte, schloß seinen Vortrag mit Thesen und Redensarten, die so allgemein bekannt sind und auf jeder christlich-sozialen oder sonstigen, das Seelenheil der Arbeiter fördernden Versammlung bis zum Ueberdruß ausgesprochen worden sind, daß man beinahe Anstand nehmen möchte, über dieselben noch ein Wort zu verlieren. Neben der Klage über die verfallene wirtschaftliche Unabhängigkeit der gewerblichen Jugend, welche der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt sei und zu einem eben so gefährlichen wie ungesunden Bestandtheil des Volkes zu werden drohe, schlug er die gewöhnlich angepriesenen Heilmittel als Pöbelschwall und Fortbildungsschulwesen, Verbesserung der Fabrik- und Werkstattliche und Maßnahmen zur besserer Bildung, Erziehung und Inangehaltung der heranwachsenden Arbeiterjugend vor. Der Referent kann man mit den von dem Referenten anempfohlenen Einrichtungen wohl sein, aber die Wirksamkeit derselben wird wesentlich von ihrer Ausführung abhängen, die, wie der Referent kaum anders erwartet, in die Hand der Großfabrikanten oder in den von ihnen abhängigen Behörden und Korporationen gelegt werden wird. Bei dem bestehenden Gegensatz zwischen Bauern und Arbeiterjugend läßt sich die Ausführung eben nicht anders als einseitig und zum Vortheile des Fabrikantentums erwarten. Sonderbar genug nimmt sich die Klage des Referenten über die verfallene wirtschaftliche Unabhängigkeit der gewerblichen Jugend und deren daraus hervorgehenden Verwahrlosung an. In Betreff der letzten Behauptung, sofern sie sich auf die moralische Führung der Arbeiterjugend bezieht, kann man sich nicht milder ausdrücken, als das man sie unrichtig nennt; verglichen aber mit der jeunesse dorée (der goldenen Jugend) steht sie auf einem viel höheren sittlichen Standpunkte als jene, welche im Kurzdigungsstufen ihren Beruf zu erfüllen glaubt. An etwas Kurzsichtigkeit scheinen die Herren der Kommission und deren Referent auch zu leiden, denn Beide sehen wohl die Wirkung, ohne deren Ursache zu erkennen. Das Gefühl der Abhängigkeit der Kinder von Vater und Mutter kann nur so lange bestehen bleiben, wie die Kinder für ihre Existenz nicht selber zu sorgen brauchen; mit dem Momente jedoch, in welchem der junge Mensch zur Erhaltung seines Lebens auf sich selbst angewiesen wird, hört auch die Pflicht der Abhängigkeit auf, welche keinesfalls das Band der verwandtschaftlichen Freundschaft zu lösen braucht. Wer sind denn aber die Schuldigen, welche die Abhängigkeit der Kinder von den Eltern hervorrufen und fördern? Doch wohl kein Anderer, als die Fabrikanten selbst. Willige Arbeitskraft ist ihr A und O, ob der Einzelne, ob die Familie darüber zu Grunde geht, kümmert sie nicht, die Frau muß in die Fabrik, das Kind muß hinein; wirklich ein vertauselter Muth gehört dazu, um von Verwahrlosung der Arbeiterjugend zu sprechen und nicht in Scham zu vergehen über die eigene Schuld.

Abgesehen hier beschlossene Referat schloß sich ein Vortrag des Abgeordneten O e h l b a u s e r über Arbeiterauschüsse. Er empfahl die Einführung derselben ganz besonders dem Mittel-

und Großgewerbe, in welchem etwa 2 Millionen Arbeiter thätig sind und gerade den bedenklichsten Theil der Arbeiter ausmachen. Als Aufgabe, welche er den Ausschüssen zuweisen wissen will, bezeichnet er die Mitwirkung bei der Lehrlingsprüfung, Unterstutzung der Fabrikbesitzer in der Handhabung des Unfallgesetzes, sachgemäße Aufzeichnung von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter, Begutachtung der Arbeiterordnungen, Theilnahme an der Verwaltung der Kantinen, Konsumvereine und Aufstellung der Hausordnung für Miethswohnungen von Arbeitern. Herr Döschelhauser befindet sich in demselben Irrthum, wie die anderen Arbeitgeber, er meint, mit dem Scheine einer Mitwirkung sei dem Arbeiter gedient; der verlangt völlige Gleichberechtigung mit dem Fabrikbesitzer in allen Arbeiterangelegenheiten, mit bloßen Begutachtungen ist ihm nicht gedient, außerdem soll die für den Arbeiter wichtige Frage, die Vorgehensweise selbst von der Begutachtung ausgeschlossen und deren Regulierung dem Fabrikbesitzer allein vorbehalten bleiben. Die von Döschelhauser den Ausschüssen zugeordnete Mitwirkung bei Aufstellung der Hausordnung für Miethswohnungen für die Arbeiter ist gänzlich unannehmbar, weil mit der Errichtung und Vermietung von Miethswohnungen seitens der Fabrikbesitzer und der größte Miethbrauch dadurch getrieben wird, daß zwei Dinge auf einander verquaddelt worden sind, die nichts mit einander zu thun haben. Unsere klimatische und sonstige bürgerliche Verhältnisse bringen es mit sich, daß der Familie eine Wohnung während eines längeren Zeitraumes gefastet und daß zwischen der Kündigung und dem Abklausen des Miethsvertrages eine hinreichend lange Zeit liege, um eine andere Wohnung zu beschaffen. Ganz anders verhält es sich mit dem Arbeitsvertrage, der sehr wohl derartig abgeschlossen sein kann, und es in vielen Fällen auch ist, daß das Arbeitsverhältnis sofort gelöst werden kann. Meistentheils oder wohl immer ist die Dauer des Miethsvertrages an die des Arbeitsverhältnisses gebunden, und da dem Arbeiter bei einer etwaigen Entlassung aus der Arbeit des Wohnungsvertrages eine andere Wohnung nicht zur Verfügung steht, so ist der Arbeiter gänzlich in die Macht der Fabrikbesitzer gegeben. Ein solcher Zustand ist ein Hohn auf das Freiheitsgesetz. Statt mitzuhelfen an der Beseitigung dieses Verhältnisses, muß dahin gestrebt werden von den Arbeitern, daß durch ein Gesetz eine Vermischung zwischen Arbeitsvertrag und Miethsvertrag verboten wird.

An der Debatte über diesen Döschelhauserschen Vortrag beteiligten sich viele der anwesenden Fabrikanten, aber nicht ein einziger konnte sich dazu aufschwingen, die Gleichberechtigung zwischen Fabrikbesitzer und Arbeiter anzuerkennen, Beweis genug, daß für's Erste eine gedeihliche und zufriedenstellende Einigung beider Theile noch nicht zu hoffen ist, und daß der Arbeiterschicht nichts weiter übrig bleibt, als auf dem Kampfbahne unentwegt für ihr gutes Recht auszuharren.

Verfahren zur Herstellung künstlicher Augen. Diese merkwürdige Beschreibung konnte man vor einiger Zeit in dem amtlichen Patentverzeichnis des Reichs-Patentamts finden, und zwar war eine Wiesbadener Firma (H. Ad. Müller Söhne) ein Patent auf dieses Verfahren erteilt worden. Allerdings ergibt sich bei genauerer Betrachtung der neuen Erfindung, daß es sich bei derselben um keine Verbesserung oder Wiederherstellung des Sehvermögens handelt. Aber immerhin läßt das patentierte Verfahren eine Vervollkommnung und Verfeinerung unserer Glasfabrikation und Glasbearbeitung erkennen, die eine nähere Beachtung verdient.

Bei der ganz oberflächlichen Beobachtung eines eingesehten künstlichen Auges wird man den recht unangenehm wirkenden Eindruck haben, daß das natürliche Augenlid des Menschen zu dem eingesehten künstlichen Augapfel in einem auffälligen Mißverhältnis steht, namentlich sieht die künstlich nachgemachte Hornhaut des Auges gegen das natürliche Augenlid des wahren so bedeutend ab, weil bei dem Verlust des natürlichen Auges gewöhnlich auch das Augenlid in Mitleidenschaft gezogen ist, und diese Beschädigung des Augenlides tritt dem künstlichen Augapfel doppelt auffällig hervor. Aber auch im Innern des künstlichen Auges selbst macht sich ein Ausdruck der Starbeit oft unangenehm bemerkbar. Das neue Verfahren besteht nun darin, den natürlichen Uebergang und Unterscheid von der Hornhaut zur Hornhaut nachzuahmen, dessen Fehlen diesen Ausdruck der Starbeit verursacht. Zur Erläuterung dieses Verfahrens dürfte eine Schilderung der Herstellungsweise des künstlichen Auges angebracht sein: Von einer Glasröhre, welche die Farbe der Bindehaut des herzustellen künstlichen Auges besitzt, wird an der Stichtamme ein Stück abgeschmolzen, das es an beiden Enden in dünne Nöhren anläuft, welche die Hornhaut bilden. Unter fortwährendem Drehen in der Flamme wird das Nöhrenstück erweicht und zur Kugel geformt. Auf diese Kugel wird die Farbe der Regenbogenhaut (oder was wir schlechterweg die Augenfarbe nennen) aufgetragen und die Hornhaut durch die Pupille nachgeahmt. Die so fertige Regenbogenhaut erhält einen Uebergang aus Kristallglas, welches die Hornhaut darstellt und zugleich deren vordere Ausbuchtung, die sogenannte Augenkammer enthält. Dann werden die rothen Blutadern des Weissen des Auges nachgebildet und der sogenannten Kugel durch Blasen und Ausdrücken die erforderliche Form gegeben. Es wird dann der entbehrlische hintere Theil der Kugel abgeschmolzen und das nur mit Hand und Mund lediglich nach Augenmaß gearbeitete Gehäuse fertig. Es hängt begreiflicherweise dabei viel von der Geschicklichkeit des Künstlers ab, ob das Gehäuse naturwahr, elegant und zweckmäßig oder plump und roh ausfällt. Bisher erschien nun bei allen Fabrikanten der Uebergang von der Hornhaut in die Bindehaut scharf abgegrenzt, wodurch die künstlichen Augen immer einen starren, auffälligen Ausdruck erhielten. Es kam dies dadurch, daß bisher die künstlich fertige Regenbogenhaut mit Kristallglas gemeinsam vermischt und in der Flamme verblasen wurde. Wenn dies nicht sorgfältig geschieht oder wenn das Kristall von härterer Beschaffenheit ist, geschieht oder wenn das Kristall von härterer Beschaffenheit ist, verleiht die übrige Theil des künstlichen Auges, so entsteht eine ungleiche Spannung und daher kommt dann das häufige Zerbrechen der künstlichen Augen am Rande der Hornhaut. Bei springen der künstlichen Augen am Rande der Hornhaut wird nun das Kristall mit Regenbogenhaut aufgeschmolzen, bis der Augapfel in seinen äußeren natürlichen Randern in der Farbe verwaschen erscheint, was dem natürlichen Auge entspricht. Bei letzteren erscheint in jugendlichen Alter der farbige Kreis nahezu vollkommen rund und gegen die Peripherie scharf abgegrenzt. Bei zunehmendem Alter wird die Abgrenzung beinträchtigt und die Rundung des farbigen Augentheils verliert an Schärfe. Die patentierte Neuerung soll es möglich machen, diese durch das Lebensalter bedingte eigenthümliche Erscheinung genau nachzuahmen und durch einen gründlichen Schmelzprozeß dem Zerbrechen der künstlichen Augen vorzubeugen.

Von einer Wadenplage kann man in diesem Jahr ebenso gut sprechen wie von einer Napfenplage, beide Arten von Ungeheuer sind hervorgerufen durch den zeitigen Eintritt der warmen Witterung. Früher wußte man sich das plötzliche Auftreten von Waden an Fleisch, Käse u. s. w. nur dadurch zu erklären, daß man ein Entsehen durch Nichts, also aus sich selbst, annahm; man ist heute weiß man, daß zu Allem keine Ursachen vorhanden sein müssen und bei den Waden braucht man nach solchen nicht lange zu suchen: es sind die Fliegen. Da Waden und Fliegen durch zu warme Witter in Menge angezogen wurden, so ist es natürlich, daß die Hausfrauen sehr ihre liebe Noth haben, Fleisch und Käse vor den Fliegen zu schützen. Würde es möglich, die Schwärme sicher vor den Fliegen abzuschließen, so würden auch keine Waden mehr zu fürchten sein. Das ist jedoch nicht ausführbar, so legt man sich daran vorfinden: da dies jedoch nicht ausführbar ist, was aber die man etwas dazwischen, was an sich unschädlich ist, was aber die Fliegen abhält. Zwischen die Käse paßt man Johanniskraut (Scaberrant hypericum perforatum) oder Laub von Erlen (alnus glutinosa), noch passender für diesen Zweck ist aber ohne Zweifel Hopfen (humulus lupulus), weil die Käse gleichzeitig davon ein angenehmes Aroma erhalten. Den Hausfrauen wird dieser Hinweis hoffentlich willkommen sein.

In Anlagen und Planungen sah es Sonntag Morgen in und um Berlin traurig aus. Kräftige abgebrochene Weize, dübelblaube frische Zweige nebst Massen grüner Blätter und Blüthen schönster Form und edelster Art waren vom Sturm rauh herabgerissen und bedeckten den Boden. Das Lied der Vögel war verstummt, keine Honig sammelnde Biene, kein glänzender Käfer noch bunter Schmetterling tummelte sich im Blumenkelch, nur vereinzelte Spaziergänger schritten hastig, zugehüpft und abgeküßt bis ans Herz hinan an den mit Raub, Blüthen und Zweigen beschütteten Ruhebänken vorüber, die Spiel- und Tummelplätze der Jugend blieben leer, im Obergarten lagen die jungen Früchte: Äpfel, Birnen, Kirschen, Pfämen und theilweise auch Nüsse unger, in den Straßen und im freien trieben Hüte und Mägen, an Häusern trachten Thüren und Fenster, der Kutscher auf dem Bode wickelte die wärmende Decke fest um seinen Leib und schloß den Wagen für den Fahrgast, der Milchpediteur von außerhalb hatte die Wintermäße über die Ohren gestülpt und den dicken Winterrock angelegt — Alles in Allem, das Bild eines rauhen Novembertages.

In der **Wernsdorfer Schleuse**, auf der der Reichshauptstadt zunächst gelegenen Strecke des Oder-Spreelkanals, ist gegenwärtig probeweise ein Seilbetrieb eigener Art eingerichtet worden. Es ist dies der erste Versuch der Art in ganz Deutschland, in Folge dessen er das lebhafteste Interesse aller technischen Kreise in Anspruch nimmt. Der Seilbetrieb erstreckt sich vorläufig auf eine 5 Kilometer lange Strecke, und zwar von der Schleuse aus aufwärts. Auf dieser Strecke liegt ein Seil ohne Ende, welches von der am rechten Ufer der Wernsdorfer Schleuse aufgestellten Dampfmaschine bewegt wird. In diesem Seil sind in gewissen Abständen „Schlösser“ angebracht, in die der Schiffer nur ein Dreiecklein einzuschlagen braucht, um den Anschlag seines Rahnes zu brenken; ebenso leicht geht das Auslösen, in Folge dessen der Schiffer in der Lage ist, an jeder Stelle der Wasserstraße das An- und Abhängen des Rahnes auszuführen zu können. Bisher hat sich die Einrichtung nach dem Gutachten des Bauathes Rohrbach bewährt. Man hoist von einer Station aus eine bis 20 Kilometer lange Strecke betreiben zu können. Augenblicklich geht man damit um, ein genau ausgearbeitetes Projekt eines solchen Betriebes für den Landwehrkanal zu gewinnen.

Ein **eigenartiger Geisteskranker** befindet sich seit einiger Zeit auf der Kommunalabtheilung der Dr. Edelichen Privatirrenanstalt zu Charlottenburg. Es ist dies der ca. fünf- undzwanzigjährige Kaufmann Eberhard Birk, welcher vor mehreren Jahren als Handlungscommis in ein größeres Berliner Kolonialwaarengeschäft eintrat und daselbst längere Zeit thätig war, erhielt eines Tages von seinem Prinzipal den Auftrag, eine größere Summe ausstehender Forderungen einzulassiren. Er führte diese Aufgabe auch aus, behielt aber das Geld für sich, um, wie er meinte, einmal eine Vergnügungstour nach Potsdam zu machen. Als das Geld verjubelt war und er in der „Klemme“ saß, kam er per pedes zurück und stellte sich selber dem Gericht zur Verfügung. Es wurde ihm nun von demselben für seine Extravaganz eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe zuerkannt, die er auch zum Theil verbüßte, mit dem Rest derselben aber insofern nicht einverstanden war, als er anfang, den wüthen Mann zu spielen. Er verweigerte zunächst die Arbeit, indem er vorgab, als „Graf Wilhelm v. Württemberg“ dies nicht nöthig zu haben und verlangte dann mit aller Entschiedenheit seine Freiheit. Als ihm diese natürlich verweigert wurde und er trotz verschiedener Arreststrafen von seiner fixen Idee nicht abzubringen war, wurde er zunächst zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf die Isolirstation des Lazareths gebracht. Hier benahm sich B. aber höchst ungebührlich, indem er anfang, alles zu demoliren und unreinlich zu werden. Nach circa sechs-wöchentlichen Beobachtung wurde er auf Grund ärztlichen Attestes zur weiteren Veranlassung der Irrenstation der Neuen Charitee überwiesen. Wenn sich nun B. in Gefängnisse renitent betragen, so war er hier wie umgewandelt, indem er zu keinerlei Störung Veranlassung gab und sich sogar an häuslichen Arbeiten beteiligte. Da aber seine „gräßliche“ Idee immer mehr Wurzel faßte und er anfang, über Millionen und Milliarden zu verfallen, so mußte schließlich nach einem dreimonatlichen Aufenthalt die Ueberführung des B. als unheilbar geisteskrank und gemeingefährlich nach der Daldorfer Irrenanstalt erfolgen. Durch seine Vertrauen erweckende Persönlichkeit gelang es ihm nun, sich in der Anstalt sobald wie möglich beliebt zu machen und da Patient im Schreibfache wandert war, wurde er auf Requisition des Oberarztes im Bureau als Schreiber beschäftigt. Aber da der Drang nach Freiheit bald in ihm rege wurde, so setzte er sich mit seiner Mutter, die ihn häufig besuchte, in Betreff seiner Entlassung in Verbindung, die denn auch unter ärztlicher Zustimmung erfolgte. Kaum einige Tage draußen, da ließen schon Abenteuergedanken in ihm auf, er wollte, wie er damals selbst sagte, „glänzen“ und ein herrliches Leben führen. In welcher Weise er nun seine „Abenteuer“ ausföhre, erzählt aus folgendem: Zunächst ließ sich B. bei einem der Leipzigerstraße wohnenden Lithographen Wilsentarten mit der Aufschrift „Wilhelm Graf von Württemberg“ anverleihen und auf Grund dieser Karten und seiner respektablen Figur vollführte er die schneidigsten und schwelgerischen Sachen. Er miethete von einem in der Chausseestraße wohnenden Fuhrherrn eine Equipage auf unbestimmte Zeit, die ihm auf Grund seiner vorgezeigten „Karte“ selbstverständlich sofort zur Verfügung gestellt wurde. In dieser fuhr er nun nach allen größeren Geschäften, wie Meier u. Speier, Spinn u. Wende, Jacob Zandau, Conrad Jessing u. um größere Einkäufe zu besorgen. Im ersten Geschäft bestellte er mehrere „Uniformen“, im zweiten eine elegante Zimmereinrichtung, im dritten geirrte er verschiedene Wechsel und im vierten kaufte er eine goldene Sonnentuhr. Zu allen diesen Manipulationen wirkte seine „Porte“ und sein respektables Exterieur in der Weise, daß die Aufträge, natürlich immer auf Kredit stets prompt effektiv wurden. Am der Sache außerdem einen möglichst glaubwürdigen Anspruch zu geben, hatte er zur Vorzorge in der Wohnstraße natürlich eine Wohnung gemiethet, in der denn im Laufe der Zeit immer eins nach dem andern abgeladen wurde, kurz der Herr „Graf“ führte eine Zeit lang wirklich ein Leben voller Wärme, er war „Stammgast“ bei Bauer, bei Krangler u. und fehlte selten in den besten Theatern. Diese noblen Passionen sollten aber bald ein jähes Ende erleben, denn als der Herr „Graf“ eines schönen Tages wieder vor einem Geschäft in der Friedrichstraße vorfuhr, um in denselben Goldwaarenkäufe zu machen, und er seine „Karte“ präsentierte, trat mit einem Male ein Herr aus ihm zu, der den Herren „Grafen“ mit den verhängnisvollen Worten anredete: „Sie sind wohl so freundlich Herr Birk und folgen mir.“ Der Herr Graf war natürlich über diese edle Dreistigkeit des Unbekannten wie versteinert und um den Zubringlichen zu züchtigen, forderte er denselben zum Duell heraus, indem er ihm die Karte zeigte. Der fremde Herr schien sich aber auf keine „Parteei“ einlassen zu wollen, sondern er holte ganz einfach einen Schuhmann, der den Herrn Grafen vorpostete und nach dem Molkenmarkt transportierte. Da man aber wegen des geisteskranken Zustandes des B. von einer Bestrafung absehen mußte, wurde er wieder der Daldorfer Anstalt überwiesen. Nach einiger Zeit waren aber die Abenteuerluste wieder in ihm rege geworden und er versuchte, nachdem er eines schönen Tages das Bettel gesucht hatte, abermals sein Glück, diesmal als „Prinz Ludwig von Baden“. Fortuna schien ihm auch diesmal wieder hold zu sein, denn überall reussirte er in der ausgiebigsten Art und Weise, bis ihm endlich in Potsdam sein Geschick ereilte. Er hatte nämlich eines Abends in Berlin eine Droschke erster Klasse gemiethet und war nach Potsdam gefahren, um, wie er dem Kutscher bedeutete, „seine Aufmerksamkeit“ bei Hofe zu machen. Der Kutscher mußte aber bald zu seinem Leidwesen erfahren, daß er gründlich reingefallen war, denn der Prinz hatte das Wiederkommen vergessen. Der Kutscher stellte dies seinen dortigen Kollegen mit und am anderen Morgen, als

der Prinz eben im Begriff war, eine Droschke zu besteigen, ereilte ihn sein Geschick und der „Prinz“ wurde schauderhaft verhaßt und dann nach der Polizeiwache überführt. Da er nun einsah, daß ihm sein Pseudonym nichts mehr nützen könne, gab er sich zu erkennen, und B. wurde wieder nach Daldorf geschickt. Nach circa dreiwöchentlichem Aufenthalt wurde er dann der Charlottenburger Filiale überwiesen, in der er sich noch befindet, und er auch wahrscheinlich keine Gelegenheit mehr haben wird, noch einmal seine „Grafenwürde“, die er zwar in der Anstalt behält, vor der Öffentlichkeit glänzen zu lassen. Wie Herr Professor Wende in seiner letzten Vorlesung seinen Zuhörern mittheilte, ist der Patient einer der eigenartigen Geisteskranken, die jemals auf dem Gebiete der Psychologie behandelt worden sind.

Die **neulich verhafteten Einbrecher Wagner** und Komplizen hatten, wie der Kriminalpolizei schon vor der Festnahme bekannt war, noch eine Reihe weiterer Einbruchsdiebstähle geplant und vorbereitet. Wenn es angängig gewesen wäre, diese Pläne in das Stadium des Versuchs treten zu lassen, stalt die Verbrecher sofort beim ersten Mal in flagranti festzunehmen, so wären dieselben vermuthlich diesmal auf Lebenszeit für die Gesellschaft unschädlich gemacht worden. Wagner hatte, um die Lokalverhältnisse eines von ihm mit Einbruch bedachten Hauses unauffällig auskundschaften zu können, mit einer in dem Hause wohnenden Witwe eine Liebschaft angeknüpft und festigte dieselbe durchs rechtliche und noch sehr ansehnliche Frau, beantwortete die Frage wahrheitsgemäß und war auf's höchste erschrocken, als sie hörte, daß ihr „Bräutigam“ einer der gefährlichsten Einbrecher Berlins sei. Der Verbrecher hatte die Witwe sogar zu seiner in einem Krankenhaus liegenden angeblichen Mutter geführt, und diese drang in die Frau, sie möge ihren Sohn doch glücklich machen, sie, die Mutter, wüßte schließlich, ihr verheirathet zu sehen, ehe sie stirbe. Möglicherweise hat W. die Frau auch wirklich heirathen wollen. Der Fürzorge der Kriminalpolizei dankt diese es nun, daß ihr das wenigstens erspart worden ist.

Die **Kindesmörderin Marie Neke** aus Mariendorf, welche das Heine'sche Kind geraubt hat, befindet sich bekanntlich in Untersuchungshaft. In dieser Angelegenheit wurde der Vorsteher von Tempelhof, Dr. Greve, zum ärztlichen Sachverständigen ernannt. Derselbe hat in seinem ersten Termin vor dem Landgerichtsrath Friedberg in Alt-Moabit bekundet, daß er die u. s. w. Neke im Jahre 1880 drei Monate lang an schwerer Gehirn-entzündung behandelt hat. Die damals 19-jährige Neke war im Hause des Mühlenbesizers Partenheimer in Mariendorf von einer etwa sechs-stufigen Treppe gefallen und bewußtlos nach Hause gebracht worden. Die drei Monate dauernde Gehirn-entzündung mußte auf diesen Fall zurückgeführt werden. Seit dieser Krankheit war die Neke in ihrer geistigen und auch körperlichen Entwicklung zurückgeblieben, wie auch von anderen darüber vernommenen Zeugen, namentlich Herrn Prediger Richter-Mariendorf, bekundet worden ist. Der Schädel der Neke ist, wie es auch dem Vater bei oberflächlicher Beobachtung auffällt, schlafköpfig. Im Jahre 1885 ist das Mädchen an einer kürzeren, rückfälligen Gehirn-entzündung von Dr. Greve behandelt worden. Die Kindesmörderin und Kindesräuberin Neke wird von Dr. Greve in Tempelhof als hereditäre und erworbenen Gründen für geisteskrank gehalten, wengleich eine ausgeprochen klare Form einer Geisteskrankheit noch nicht vorhanden ist. Die Neke wird daher der Gefangenstation der Charitee überwiesen werden.

Der **Selbstmord eines Wachtpostens**. Am Sonntag Nachmittag nach 1 Uhr die Ablösung zu dem am neuen Badhofe in Alt-Moabit stehenden Posten kam, erschien derselbe nicht, wie es die Vorschrift erfordert, mit angelegtem Gewehr vor seinem Schilderhause. Man fand den Soldaten, Namens Schmidt, von der 4. Kompagnie des Alexander-Regiments, einen Korbmacher, aus Schleswig-Holstein stammend, todt hinter dem Schilderhause in sitzender Stellung und das Gewehr vor sich liegend. Man nimmt an, daß Schmidt das Gewehr mit dem Laufe gegen die Brust gehalten und den Schuß mit dem Fuße losgedrückt hat. Die Brust war durchbohrt, die Kugel war durch das Schilderhaus gedrungen, hatte ihren Lauf noch über das Wasser genommen und war in ein am Kronprinzenerufer liegendes Haus im vierten Stock in ein zufällig offen stehendes Fenster gegangen und an der Wand abprallend zur Erde gefallen.

Der **Polizeibericht**. In der Nacht zum 8. d. M. hatte ein 21-jähriges Mädchen in der elterlichen Wohnung in der Neuen Königstraße verabschiedlich anstatt Morphium Opium eingenommen und verstarb bereits am folgenden Morgen an den Folgen einer Herzlähmung. — Am 9. d. M. Morgens wurde auf dem Grundstück Lixenstr. 158 in einem Müllbehälter die bereits stark in Verwesung übergegangen Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Am demselben Tage Vormittags verstarb in einem Eisenbahnwagen zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Alexanderplatz ein Passender plötzlich am Herzschlag. Die Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft. — Nachmittags wurde vor dem Hause Wallner-Theaterstr. 1 ein 14-jähriger Knabe von einer Zranerlei überfahren und am Kopfe so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit gingen in der Danzigerstraße die vor einem mit Lehm geladenen Wagen gespannten Pferde plötzlich durch. Hierbei fiel der auf dem Wagen sitzende Kutscher herab, wurde überfahren und am rechten Oberschenkel so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Am dieselbe Zeit gerieth vor dem Hause Prelebergerstr. 31 ein dreijähriges Mädchen unter das Hinterrad eines vorbeikommenden Wagens, wurde überfahren und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß es nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte. — Abends gerieth vor dem Hause Alte Schönhauserstraße 20 der Arbeiter Lüdke und der Müller Borfa in Streit, wobei ersterer durch einen Stoß auf den Straßendamm verwundet und mit der rechten Hand unter die Räder eines gerade vorbeifahrenden Omnibus geriet und ihm ein Finger völlig germalmt wurde. Lüdke wurde mittels Droschke nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. — Am 9. d. M. fanden Alte Schönhauserstr. 29 und Alexanderstraße 25 und am 10. d. M. Morgens Königstraße 33 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag

Ein kleines Seitenstück zu den Geheimnissen der r.d.a. Oberamtmann H. und ihren Raubnächten schien die Anlage wegen Kuppel zu enthalten, welche gestern vor der 4. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. gegen die vermittelnde Frau Guts-besitzer Eise Führo geb. Jungmuth verhandelt wurde. Die Angeklagte bewohnte ein kleines Quartier in der Rneburger Straße und an ihrem Schilde prangte lange Zeit der Name „v. Löhren“; sie wurde von den Hausbewohnern nicht anders als „gnädige Frau“ titulirt, bis plötzlich der adelige Name von dem Schilde der Wohnungstür verschwand und man sich in die Ohren tuschelte, daß man es nur mit einer „Talmi-Grafin“ zu thun hatte. Ein Dienstmädchen hatte der Polizei höchst interessante Andeutungen darüber gemacht, daß in den Zimmern der „gnädigen Frau“ ein höchst fideles Leben sich entsalte und die Nachforschungen nach dieser Richtung hin scheinen diese Behauptungen bestätigt zu haben. Das Mädchen war aus irgend einem Grunde mit der Frau in Konflikt gerathen und die „gnädige“ muß eine sehr hitzige Temperament haben. Demnach nach den Behauptungen des Dienstmädchens ist sie demselben in Verlaufe des Winter an den Hals gesprungen und hat ihr mit dem Daumen die Kehle der Kehle gedrückt, daß dem Mädchen grün und gelb vor den Augen wurde und eine

längere Heiligkeit die Folge war. Die Anklage gegen Frau Lüchow lautet deshalb nicht bloß auf Kuppelei, sondern auch auf Körperverletzung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Friedrichmann, hatte ursprünglich dem Gerichtshofe die Absicht kund gegeben, zu Gunsten seiner Klientin eine ganze Reihe von Offizieren und einen Prinzen von Altenburg vorgeladen. Er hat aber davon Abstand genommen und so waren gestern nur ein Premierlieutenant a. D. v. Koge und eine Sängerin, Frl. Grochwaldt, welche bei der Angeklagten gewohnt, zur Stelle. — Die Verhandlung, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, hatte das Ergebnis, daß Frau L. wegen Kuppelei und Körperverletzung zu 6 Wochen und 3 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Außerdem hat sie nach einem Auftrag des Rechtsanwalts Stadthagen an das Dienstmädchen eine Buße in Höhe von 20 M. zu zahlen.

Ein von des Gedankens Blöße stark angekränkter Jüngling ist der schon mehrfach erwähnte jugendliche Durchzügler Julius Mosemann, welcher gestern aus der Untersuchungsanstalt der 4. Strafkammer am Landgericht I. vorgeführt wurde. Der erst 15 Jahre alte Angeklagte, welcher weinend die Anklagebank betrat, ist derselbe, welcher am 5. Mai cr. seinem Prinzipal, dem Kaufmann Kahn mit einer Summe von 2500 Mark durchgebrannt ist. Der kleine Mosemann, welcher erst seit Januar in dem Kahn'schen Geschäft als Lehrling thätig war, erhielt am 5. Mai den Auftrag, 2500 Mark zu kassieren, er erfüllte den Auftrag auch, statt seiner erschien aber am Tage darauf ein Brief bei Herrn Kahn, der etwa folgenden Inhalt hatte: „Aus Gründen, die ich nicht sagen kann und darf, bin ich gezwungen, meinem jungen Leben ein Ende zu machen. In diesem Behufe kaufe ich mir einen Revolver, wobei ich eine Kleinigkeit von dem mir anvertrauten Gelde angreifen mußte. Ich bitte Sie um Verzeihung wegen dieses Verfahrens. Wenn Sie diesen Brief erhalten, weiß ich nicht mehr unter den Sterblichen; ich fahre nach Halensee und werde dort aus dem Leben scheiden. Ihr Geld werden Sie in meinem rechten Stiefel vorfinden. Mit zitternder Hand und thränenreichem Auge schrieb ich Ihnen diese Zeilen und bitte Sie, meinen Eltern davon in schonender Weise Mitteilung zu machen. Nochmals herzlich grüßend Ihr unglücklicher Julius Mosemann.“ Die Aufregung in der Familie Mosemann war natürlich eine große. Man suchte den Wald in der Nähe von Halensee ab, fand von dem Selbstmörder aber keine Spur. Daß derselbe irgend eine Dummheit begangen, war ganz klar, denn in seinem jungen Kopfe sah es höchst sonderbar und romantisch aus. Dafür zeigten einige Gedichte, welche er kurz vor seinem Verschwinden mit eigener Hand und eigenem Kopfe hergestellt und die man in einer Tasche eines Rockes vorfand. Dasselbe lautet: „Nur in Ruhm will ich einst prangen — Nach großer Ehre geize ich — Kommt, o Götter, stillt mein Verlangen — Schidet Bogasus über mich — Apollo, Apollo, ich rufe dich — Apollo, bitte, erhöre mich!“ Wo der junge Mensch geblieben, sollte sich sehr bald ergeben. Aus Notterdam traf nämlich bei seinem Vater eine Summe von 500 M. ein, die dieser unverzüglich an die Firma Ad. Cahn abschriftete. Gleichfalls aus Notterdam schilberte der kleine Ausreißer „seinem lieben Vorgesetzten Alfred“ in einem längeren Schreibbriese seine Abenteuer. Danach hatte er in der That die Absicht gehabt, sich das Leben zu nehmen — angeblich weil die Furcht in ihm lebendig geworden war, sein Vater wolle ihn verhaften. „Ich kaufe mir“, so schreibt er an seinen lieben Alfred, „für 16,50 M. einen Revolver und fuhr nach Halensee. Dort im Walde wollte ich aus dem Leben scheiden. Ich lud den Revolver und setzte ihn an die Stirn, hatte aber nicht den Muth, zuzudrücken. Verzweifelt sahe ich ab und stierte in die Welt, die mir gleichgültig geworden. Da bat ich dem lieben Gott, er möchte mir ein Zeichen schicken, aus welchem ich ersehen könnte, ob ich leben oder sterben sollte. In demselben Augenblicke flog ein Schwarm wilder Enten in die blaue Luft hoch, ich betrachtete dies als ein Zeichen des Himmels und ließ den Revolver sinken. Was nun thun? Nach Hause konnte ich nicht mehr, daß verbot mir meine Ehre, nach dem Geschäft konnte ich auch nicht, denn nach dem Vorgefallenen durfte ich mich bei Herrn Cahn nicht mehr blicken lassen und so bin ich denn geflohen.“ Und der kleine Mosemann hat sich anscheinend diese romantische Geschichte nicht gänzlich aus den Fingern gelogen. Er hat sich wirklich einen Revolver gekauft und ist nach Halensee gefahren, wo er durch seinen Augenschein nach den Enten davon abgehalten wurde, die Mordwaffe gegen sich selbst zu gebrauchen. Von Halensee ist er zunächst nach dem Zoologischen Garten gegangen und ist von da per Eisenbahn nach Hannover gedampft, wo er unter dem falschen Namen „Kuttner“ eine Nacht logierte. Von Hannover fuhr er nach Holland weiter, um von dort auf einem amerikanischen Dampfer nach der neuen Welt zu gelangen. Es schien auch alles gut zu gehen, er hatte den Fahrchein bereits in der Tasche, als er aber den Dampfer betrat klopfte ihm Jemand gemächlich auf die Schulter und begrüßte ihn mit den Worten: „Na, Mosemann, wie geht's?“ Es war ein Geheimpolizist, welcher die Spuren des Ausreißers gefunden hatte. Der Letztere war ganz sprachlos und in einem Anfall von Verzweiflung stürzte er sich über Bord in das Wasser, um nun seinen Tod in den kühlen Plätzen zu suchen. Er wurde aber wieder herausgezogen und am 14. Mai mit seinem Eintreffen im Moabit Untersuchungsgefängnis war der Roman des kleinen Mosemann zu Ende. — Unter Thränen versicherte der kleine Kerl auch gestern, daß er die feste Absicht gehabt habe, sich zu erschlagen und daß in seinem rechten Stiefel sicher das Cahn'sche Geld gefunden worden wäre, wenn ihn nicht die verhängnisvollen Wildenten auf andere Gedanken gebracht hätte. Sein Verteidiger Dr. Friedmann hat den Gerichtshof das ganze Abenteuer des Angeklagten als Dummheitsstück aufzufassen. Der Gerichtshof konnte sich hierzu jedoch nicht verstehen, war vielmehr der Meinung, daß der Angeklagte die Erkenntnis von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise vollkommen besessen und verurtheilte ihn deshalb zu sechs Monaten Gefängnis.

Voscu, 10. Juni. Die Anarchisten An'elowski und Liczbinski sind wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zum Klassenhaß zu einjährigem, beziehungsweise sechsmonatlichem Gefängnis verurtheilt worden.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, den 9. Juni. Neue Arbeitgeber-Koalition. Das „Hamb. Echo“ schreibt: Vor uns liegt ein als „vertraglich“ bezeichnetes Statut eines Verbandes der Holzindustriellen von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend, dessen Zweck „gemeinsame Abhilfe gegen unberechtigte Forderungen ihrer Arbeiter“ ist. In §§ 2 und 3 werden die Geschäftsordnung, Beitragspflicht und die Zusammensetzung des Vorstandes geregelt. Daraus bestimmt § 4: „Mitglieder des Verbandes dürfen Arbeiter nur gegen Vorzeigung eines Entlassungscheines einstellen.“ Noch besser geht die Tendenz des Verbandes aus § 5 hervor, in welchem es heißt: „Kein Mitglied darf die wegen Streiks entlassenen oder ausgeschiedenen Arbeiter eines anderen Mitgliedes in Arbeit nehmen; die Namen dieser Arbeiter sind dem Vorstande sofort anzugeben.“ (Schwarze Listen!) Ist ein solcher Arbeiter irtümlich von einem Mitgliede angestellt, so ist derselbe sofort zu entlassen, resp. zu kündigen; auch soll der Arbeitgeber, bei dem gestreift wird, gehalten sein, von denjenigen Arbeitgebern, welche Mitglieder des Verbandes sind, keinen Arbeiter einzustellen, der diesen Fabriken bis 14 Tage vor Ausbruch eines Streiks angehört hat, wenn die betreffenden Arbeitgeber dazu nicht die ausdrückliche schriftliche Genehmigung geben.“ Den Schluß des Statuts bildet die Bestimmung über den Austritt aus dem Verband, welcher nur am 31. Dezember jeden Jahres nach vorhergegangenem sechsmonatlichem Kündigungsfrist gestattet ist. — Wie man sieht, hat der Verband, dessen Mitglieder sich aus den Angehörigen der

Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft zusammensetzen wollen, als Hauptzweck die Herstellung von schwarzen Listen. Es wird aber jedenfalls nicht lange dauern, bis man auch hier an die Zerstückelung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter geht.

Noch einmal richten wir den dringenden Appell an die Arbeiterpresse, von der Lage in Hamburg Notiz zu nehmen. Bisher ist dies leider noch nicht genügend geschehen und so erwachsen deshalb den Hamburger Arbeitern große Schwierigkeiten. Aller Zugang ist von Hamburg streng fern zu halten! Die Gewerkschaften anderer Städte mögen in diesem Sinne wirken, daß nicht immer und immer wieder den Hamburgern für Zurückförderung der Zugereisten, welche sogar vielfach aus Berlin und anderen großen Städten kommen, große Ausgaben erwachsen. Die Hamburger Unternehmerschaft versucht planmäßig, eine Gewerkschaft nach der anderen zu sprengen. Also ist auch für solche Branchen, die augenblicklich noch nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen sind, der Zugang zu vermeiden, da allem Anschein nach auch diese noch an die Reihe kommen werden.

Augenblicklich befinden sich hier im Aufstand — von kleineren Korporationen ganz abgesehen — die Maurer, die Zimmerer, alle auf Bauten beschäftigten Arbeitsleute, die Räder, die Gypfer, die Marmorarbeiter, die Gasarbeiter, die Personale verschiedener Fabriken u. s. w. Außerdem ist die Zahl von Gemahregelten aus Gewerken, deren Streik bereits beendet ist, ungeheuer; wir führen hier nur die Erwerbslosen, die Werftarbeiter und die Maler an. Den Metallarbeitern stehen allem Anschein nach sehr schwere Kämpfe bevor, ebenso den Schlichtern.

Um dem geschlossen und planmäßig vorgehenden Unternehmertum, welchem die Hilfe der Kapitalmacht und anderer Faktoren in ausgiebigster Weise zur Seite steht, erfolgreich die Spitze bieten zu können, ist es dringend notwendig, daß die deutschen und ausländischen Arbeiter ihren bedrängten Hamburger Brüdern zur Hilfe kommen. Noch nie haben die Hamburger gefehlt, wenn es galt, kämpfende Arbeiter zu unterstützen. Sie haben vollen Anspruch darauf, daß man jetzt auch ihnen Hilfe leistet, sowohl durch Fernhaltung des Zuganges als durch peluniäre Unterstützung.

Wenn es dem Unternehmertum gelingen würde, die aufblühenden Hamburger Gewerkschaften zu vernichten, so wäre dies ein Schlag für die gesamte Arbeiterbewegung, dessen traurige Folgen sich überall bemerkbar machen würden. Wir richten deshalb noch einmal das dringende Ersuchen an die Arbeiterpresse, die Lage der Hamburger Arbeiter bekannt zu machen, und an alle auswärtigen Arbeiterorganisationen, die kämpfenden Hamburger durch Abhaltung des Zuganges und auch peluniär zu unterstützen! Wir hoffen, daß dieser Appell nicht fruchtlos vorübergeht.

Eine Versammlung der Leipziger Müllergehilfen tagte dort am 7. Juni. Aus dem erstatteten Bericht über den Verlauf des deutschen Müllergewerkschaften in Halle a. S. ist zu erwähnen, daß der Kongress eine Kommission gewählt hat, welche sich an der Anfang Juli in Hamburg stattfindenden Besprechung der deutschen Müllereigenen betheiligen und namentlich für Einführung der 12stündigen Arbeitszeit eintreten soll. Weiter ist auf dem Kongress die Gründung einer eigenen Krankenkasse für den gegen 9000 Mitglieder zählenden Deutschen Müllerverband beschlossen worden.

Soziale Uebersicht.

Allen in Berlin hier anwesenden in der Birkerbrücke beschäftigten Arbeiterinnen zur dringenden Kenntnis, daß hier selbst, Wallstr. 67, bei der Firma Laer u. Sohn am 31. Mai zwei Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Thätigkeit gemahregelt worden sind. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch und legten die Arbeit nieder. Die Firma gedankt nun die Ausständigen durch weibliche Arbeitskräfte zu ersetzen. Wir ersuchen nun dringend alle Stickerinnen, keine Arbeit bei Laer u. Sohn zu nehmen.

Nur dadurch können wir den Männern zum Siege verhelfen. Wir bitten deshalb nochmals, die Fabrik zu meiden, denn der Sieg der Männer muß auch der unsere sein. Der Vorstand des Kampvereins der Berliner Birkerinnen.

Arbeitsentlohnung. Am Sonnabend, den 7. d. M., erlaubten sich die Zimmerleute des Rathszimmermeisters Krause, Bülowstr. 64/65, auf dem Bau des 10. deutschen Bundeschießen an Vorbenannten mit folgenden Forderungen heranzutreten: 1. einen Stundenlohn von 60 Pf. ferner die Stunde von 6 bis 7 Uhr Abends fallen zu lassen, eventuell mit 50 pCt. Zuschlag zu entlohnen. Dieser schlug der Meister rundweg ab und stellte an uns die Forderung, am Sonntag, den 8. d. M. zu arbeiten, welche Forderung in seinem Beisein mit allen gegen eine Stimme abgelehnt wurde. — Als nun am Montag, den 9. d. M. früh, vom Polier im Auftrage des Meisters den Kameraden bekannt gegeben wurde, daß wir uns laut Meisterbeschluss einer 11stündigen Arbeitszeit, ohne jede Extrazulage zu unterwerfen hätten, oder wenn dies nicht paße, könne ja thun und lassen was er wolle! So legten 85 Mann einmütig die Arbeit nieder. — Wir appelliren nun an Euer Solidaritätsgesühl, Ihr Zimmerer Berlins und Umgegend, dem Bauplag so lange fern zu bleiben, bis unsere gewis billige Forderung zum Durchbruch gelangt sind. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß überhaupt die Sonntagarbeit gesetzlich verboten ist. Also nochmals Ihr Zimmerer, beweist Euer Solidaritätsgesühl dadurch, daß ihr den Bauplag des Zimmermeisters Krause weidet. Im Auftrag von 85 Unterschriften Carl Schöning, Stromstr. 43 NW.

Achtung, Ladierer! Kollegen, welche noch im Besitz von Sammelstücken sind, haben dieselben sofort an Franz Müller, Schönleinstraße 22, v. IV., oder in der öffentlichen Versammlung am Sonnabend abzuliefern.

Achtung, Greiser Weberwerk! In Greiz wurde in öffentlicher Versammlung einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen, trotzdem ein kleiner Theil, dem von Seiten der Fabrikanten kein Zugeständnis gemacht wurde, wegen mangelnder Unterstützung einfahren mußte. Schnelle Hilfe thut daher doppelt noth.

An alle Gewerkschaften Berlins! Wie Ihr alle wißt, liegen die Weber in Greiz schon vier Wochen im Streik. Einige Fabrikanten haben schon capitulirt, die anderen müssen folgen, wenn die streikenden Arbeiter nur noch einige Tage aushalten. Die Noth ist groß, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter schon seit Wochen sich nur von Kartoffeln nähren. Unterstützungen laufen fast gar nicht ein. Wenn dieselbe nur noch einige Tage aushalten, so ist der Sieg ihrer. Dieselben appelliren jetzt an das Solidaritätsgesühl der Berliner Arbeiter, es findet zu diesem Zweck am Mittwoch Abend im Lokale „Königsbau“, Große Frankfurterstr. 117, eine Volksversammlung statt. Referent Otto Wendorf. Sämtliche Gewerkschaften sind hierzu eingeladen.

Der Versammlungen.

Fachverein der Tischler für den Südboten hielt am Donnerstag, den 5. Mai, in Schmidt's Salon, Waldemarstr. 75, eine Versammlung ab. Herr Dr. Bruno Wille, welcher über die kommunistische Gemeinde Maria sprechen sollte, ist nicht erschienen, was sehr unangenehm für die enttäuschten Kollegen war und viele wieder das Versammlungselokale vertieften. — Daraus sprachen sich einige Kollegen für die Einführung des Delegirten-systems aus, was eine lebhafteste Debatte hervorrief und die Frage der Generalversammlung zur endgiltigen Entscheidung empfohlen. Kollege Wiedenmann forderte auf, um alle eventuellen Streitigkeiten, welche in den Werkstätten wegen Lohnreduzierung vor-

kommen, der Werkstatt-Kontrollkommission oder im Arbeitsnachweis anzuzeigen, weil dadurch vieles auf gütlichem Wege geregelt werden kann.

Kranken- und Begräbniskasse des Vereins Sämtlicher Berufs-klassen, Verwaltungskasse 5 (Moabit). Sonntag, Vormittags 11 Uhr, im Restaurant Motzdorf, Rathenowerstr. 70: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahl der Kommissions-Mitglieder für die Statutenberathung.
Öffentliche Streichholz-Versammlung am Donnerstag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, in der Wobenschen Brauerei, Moabit.
Fachverein der Tischler (Berlin Nord). Am Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in Schmidt's Salon, Waldemarstr. 75: Versammlung.
Große öffentliche Versammlung der Holzleger, Helfer und Gewerkschaften Berlins und Umgegend am Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75.
Große öffentliche Versammlung der Mechaniker und verw. Gewerkschaften Berlins und Umgegend am Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in May's Lokal (früher Deubisch), Beuthstr. 22, 1 Tr.
Verein der Klempner Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 14. Juni 1890: Großes Sommerfest in der „Neuen Welt“, Felsenbühne, Kommt und Kürtretten sämtlicher Spezialitäten.
Große öffentliche Versammlung der Klempner Berlins und Umgegend am Mittwoch, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
Sozialdemokratischer Les- und Diskussions-Club „Vorwärts“ hält jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, seine Sitzung im Lokale Köhn, Raunowstr. 67, ab. Gäste, Herren und Damen, haben Zutritt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür obgenügt ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vernimmt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Infolge der vom Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins fortgesetzten Angriffe auf andere Branchen in seinen Versammlungen sieht sich Unterzeichneter veranlaßt, Folgendes der Öffentlichkeit zu übergeben. Es ist unvahr, daß die Schleifer die Unterstützung ihrer Kollegen nach dem Beschlusse der Versammlung bei Lips am 7. Mai erst in eigene Hände genommen haben, denn bevor dieser Beschluß gefaßt war, resp. bevor der Metallarbeiter-Verein daran gedacht hat, sämtliche Metallarbeiter zu übernehmen, waren die Schleifer bereits schon so weit, daß sie die Unterstützung selbst regeln mußten, denn auf den Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins war nicht zu rechnen, derselbe hat schon vorher seine Mitglieder, welche sich im Streik befanden, nicht unterstützt (Mit u. Genest), indem der Streiker einfach die Liste derselben nach dem Arbeitsnachweis schickte, so daß andere Gewerkschaften die Mitglieder des Metallarbeitervereins mit unterstützen mußten. Ferner hat der Verein überhaupt kein Recht, die an die Schleifer gezahlte einmalige Unterstützung zurück zu fordern, denn es sind das Alles Mitglieder des Vereins, bei Löwe von 71 circa 68 bis heute noch. Ferner hat der Vorstand des Allg. Metallarbeiter-Vereins selbst mit die Schuld an den Ausperrungen und Mahregelungen, welche in diesem Umfang entstanden sind, in dem er seine Mitglieder aufforderte, ihr Wort zu brechen; hätte derselbe die entgegengesetzte Praxis angewandt, und die Mitglieder, sowie sämtliche andere Metallarbeiter aufgefordert, ihren Beschluß hoch zu halten, so wären Arbeitseinstellungen, wie bei den Schleifern von Löwe, in der Maschinenfabrik von Kappeler, in der Telegraphenbauanstalt von Witz und Genest, in fast allen Fabriken vorgekommen, und die Fabrikanten konnten sich nicht so lange über Wasser halten; das mit diejenigen, welche ihr Wort gehalten, auf der Straße liegen, es wären dann nur Mahregelungen von einzelnen Personen vorgekommen, und diese hätten dann voll und ganz unterstützt werden können.

Jedenfalls wäre auch dann der Ring der Eisenindustriellen gesprengt worden, da dieser Beschluß betreffend das rothe Plakat nur mit 2 Stimmen Majorität gefaßt worden ist, und einzelne Fabrikanten, welche ihren Ruin vor Augen sahen, hatten vorher schon gegen diesen Beschluß protestirt. Es bleibt also nun unerklärlich, wie der Vorstand eines Vereins, welcher die Interessen der Arbeiter vertreten soll, der selbst für die Annahme der Resolution in den Versammlungen eingetreten ist, nach einigen Tagen nachdem der Wind aus einer anderen Richtung wehte, seine Mitglieder auffordern konnte, ihren Beschluß umzuwerfen. Es ist das der größte Fehler, der jemals in der Arbeiterbewegung gemacht werden konnte. Ein Arbeiter, welcher fest und ruhig sein Ziel verfolgt, wird nie und nimmer sich überreden lassen, seinen Beschluß nicht auszuführen; denn keine Macht der Erde ist im Stande, die Beschlüsse, welche die Arbeiter gefaßt haben, illusorisch zu machen, wenn der Arbeiter sie durchzuführen will. Es kann nur der Einzelne zu Grunde gehen, die Allgemeinheit aber muß den Sieg davon tragen. Nun, die ausgeperrten resp. gemahregelten Metallarbeiter können heute dem Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins ihren Dank abjahren, weil sie auf dem Platze liegen. Es ist dies ein Beweis, daß der Indifferentismus, den man beseitigen will, von dem Vorstand eines Vereins großgezogen wird.

Oskar Schwarz, Fallensteinstr. 9, I.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
St. Etienne, 10. Juni. Von 15 000 Bergleuten haben sich bis heute nur 5000 dem Streik angeschlossen.
Lyon, 10. Juni. Um dem seit gestern währenden Aufstände der Gasarbeiter zu begegnen, sind heute Arbeiter von auswärtig berufen worden. Eintritten wird die Arbeit in den Gaswerken durch die Stadtwache und Soldaten geleistet.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Euttung beizufügen. Briefe ohne Antwort wird nicht ertheilt.
Muskau. Wenn der betreffende Reisende disponitionsfähig ist, so können Sie denselben gegen Abnahme und Bezahlung des ihm verkauften Gegenstandes verkaufen.
Hr. 55. H. H. Wenn Sie eine Schlafstelle auf einen Monat oder ohne Angabe der Mietdauer mietten, so müssen Sie für mindestens einen Monat das Schlafgeld zahlen.
H. 4. Sie können von Ihrem Prinzipal Gray des Ihnen infolge der Verletzung entgangenen Lohnes verlangen.
H. 54. Obbahnhof 3. Wir können Ihnen das Blatt nicht besorgen.
O. 5. Verlegerstr. 1. Sie brauchen erst nach Ablauf des sechsmonatlichen Zieles zu bezahlen. 2. Eine Entschädigung für die durch Wahrnehmung eines gerichtlichen Termins Ihnen verursachte Veräumnis wird Ihnen als Prozesspartei nicht zu gesprochen. 3. Landobergericht 62.
H. 5. Geben Sie die Sachen vor Begleichung Ihrer Forderung nicht heraus; wenn dieselben etwa 20 M. über Ihre Forderung hinaus werth sind, so beantragen Sie bei Gericht Bestellung eines Pfänders zur Vertretung der Erben und verlangen Sie denselben wegen Ihrer Forderung durch Zahlungsbefehl, welcher letzteren Sie dann in die retinirten Sachen vollstrecken lassen.
H. 1000. Eine Forderung für die einem Wiederverkäufer gelieferten Waaren verliert in 3 Jahren.
A. G., Vosenerstraße. Ihre Anfrage läßt unklar, ob ein Testament vorhanden ist oder nicht. Keinesfalls können Sie ohne triftigen Entbündigungsgrund ganz erblos gemacht werden. Zu näherer mündlicher Auskunft sind wir bereit.
O. 5. 1) Es ist an sich natürlich kein Entlassungsgrund, wenn der Arbeiter, weil er zum Arzt gehen muß, zu spät kommt. 2) Die veräumnis Zeit kann abgezogen werden. 3) Wenn Kündigung ausgeschrieben ist, so bedeutet das, daß ohne Angabe eines Grundes der Arbeiter jederzeit die Arbeit niederlegen, der Arbeitgeber jederzeit den Arbeiter entlassen darf.

Verfammlungen.

Der erste Kongress der in preussischen Staats-Eisenbahn-Verhalten und Betrieben beschäftigten Arbeiter fand am 26. und 27. Mai in Magdeburg statt. Trotz der kurzen Zeit, seitdem die Eisenbahnarbeiter-Bewegung hervorgerufen wurde, und trotz des von den meisten Vertretungsvorständen entgegengegesetzten Widerstandes hat die Energie der Eisenbahnarbeiter sich dadurch nicht beeinflussen lassen, den Kongress durch Delegierte zu beschicken. Die Eröffnung des Kongresses fand am 26. Mai, Nachmittags 3 Uhr, statt. Der Einberufer, Herr Kohlmann-Magdeburg, begrüßt zunächst die Delegierten und theilt denselben die Tagesordnung mit, worauf die Versammlung die Wahl einer Mandats-Prüfungskommission vornahm. Gewählt wurden: Schäpler-Berlin, Weber-Magdeburg, Winter-Hamburg. Danach vertagte sich die Versammlung auf kurze Zeit. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erstattete die Mandats-Prüfungskommission Bericht. Aus demselben geht hervor, daß 6 Städte durch 12 Delegierte vertreten sind und zwar Berlin 4 Delegierte, Hamburg 3, Magdeburg 2, Halle 1, Harburg 1, Dortmund 1. Außerdem waren mehrere Delegierte aus verschiedenen großen Städten angemeldet, welche aber, um nicht eristenlos zu werden, dem Kongress fernblieben, sich aber durch Vereinbarung mit ihren Kollegen schriftlich verpflichteten, die Kongressbeschlüsse anzuerkennen.

Hierauf fand die Bureauwahl statt. Es gingen aus der Wahl hervor: Kohlmann-Magdeburg, erster Vorsitzender, Glieneke-Hamburg, zweiter Vorsitzender, Köhler-Berlin, Schriftführer. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt "Die allgemeine Lage unseres Gewerbes" wies ein überaus trauriges Verhältnis nach, indem die Eöhne sich pro Tag auf 2 M., 20 und erst nach mehrjähriger Beschäftigung 2,50 im höchsten Fall 2,80 belaufen.

Punkt 2 und 3 wurden laut Antrag zusammen verhandelt, Punkt 2, wodurch können wir bessere Lohn- resp. Arbeitsbedingungen erzielen, Punkt 3 die Nothwendigkeit der Organisation (§ 152 der Gewerbeordnung). Die Nothwendigkeit der Organisation wurde von den Delegierten Berlin, Magdeburg, Hamburg und Halle anerkannt. (Dornbach-Harburg sprach sich gegen die Organisation aus und waren die Gründe in den vorausgesetzlichen Maßregelungen zu finden. Eine von Weber-Magdeburg eingebrachte Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme (Wolff-Dortmund) angenommen. Resolution: Der erste Kongress der Eisenbahnarbeiter Deutschlands zu Magdeburg, in der Budauer Bierhalle tagend, beschließt: Da nach den von allen Delegierten angeführten Situationsberichten die Lage eine überaus traurige ist, alles Ningen nach Besserstellung durch Maßregelungen von Kollegen, welche Versammlungen oder Vereinigungen arrangieren wollen, bisher vergebens war, erkennt der Kongress nach reiflicher Beratung, daß nur dem Gesamtmaß durch eine gute Organisation abgeholfen werden kann. Daher beauftragt der Kongress jeden Delegierten in seinem Heimatsorte zunächst einen Eisenbahnarbeiter-Verein zu gründen, die Vereinigungen bleiben lokale. Um aber geistig ein einheitliches Ganges und Ganzes darzustellen, beschließt der Kongress, ein Arbeiterblatt allen Eisenbahnarbeitern zu empfehlen, welches deren spezielle Interessen vertritt. Hierauf wurden die Verhandlungen um 7 Uhr Abends bis am 27. Morgens 9 Uhr vertagt.

2. Verhandlungs-Tag, Anfang 9 Uhr. Die Präsenzliste ergab das Fehlen des Delegierten Wolff (Dortmund). Punkt 4 Auflösung der Pensionskasse. Es gipfeln die Ausführungen sämtlicher Delegierten darin, daß der hohe Beitrag beim Lohnabzug schwer empfunden wird und bei einer etwaigen Pensionierung, welche nach zehnjähriger Karenzzeit stattfindet, den Mitgliedern nicht genügende Existenz bietet. Im weiteren ist es nur ein Privatunternehmen, welches keine gesicherte Garantie leiht. Hierzu wurde von den Berliner Delegierten folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: Resolution: Der erste Kongress preussischer Staats-Eisenbahn-Arbeiter, der in Magdeburg (Budauer Bierhalle) tagt, beschließt: In Anbetracht der von allen Delegierten angeführten Berichte über die Pensionskasse, den Königl. Minister der öffentlichen Arbeiten auf dem Petitionsweg zu ersuchen, die Auflösung der Pensionkasse nach § 88 zu bewirken. Der Antrag Punkt 5, Auszahlung des Lohnes in jeder Woche, und Punkt 6, Bildung von Arbeiterausschüssen, zusammen zu verhandeln, wurde angenommen. Die Diskussion hierzu ergab eine einheitliche Meinung, daß durch die lang ausgedehnten Zahlungsperioden, welche erst nach 14 Arbeitstagen erfolgen, für neu anfangende Arbeiter sogar erst nach 21 Arbeitstagen, eine Schädigung ersichtlich ist. Hierzu wurde eine von den Berliner Delegierten eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Resolution: Der erste Kongress preussischer Staats-Eisenbahnarbeiter beschließt: In Erwägung der bestehenden Lohnverhältnisse ist es den Eisenbahnarbeitern unmöglich, in den lange ausgedehnten Zahlungsperioden des Lohnes seiner Familie die nothwendigsten Lebensmittel zuzuführen; ferner, daß dadurch die Arbeiter dem sogenannten Wagesystem in die Hände fallen und dieselben für minderwertige Waare höhere Preise zahlen müssen und somit schwer geschädigt werden, dem Eisenbahnminister diese Resolution zu unterbreiten und denselben zu ersuchen, dementsprechend Abhilfe zu schaffen, indem die Lohnzahlungen der Eisenbahnarbeiter alle 8 Tage stattfinden.

Betreffs der Arbeiterausschüsse wurde folgende Resolution von den Berliner Delegierten eingebracht und einstimmig angenommen. Resolution: In Erwägung, daß durch Gründung von Arbeiterausschüssen der Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr erhalten bleibt, indem Streiks und unliebsame Lohnindifferenzen möglichst beseitigt werden können, und dadurch auch die vielen Opfer auf beiden Seiten vermieden werden, beschließt der erste Staats-Eisenbahn-Arbeiterkongress, den hohen Reichstag zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Arbeiterausschüsse auf Grund der von den Arbeiterabgeordneten eingebrachten Anträge, betreffend Aenderung der Gewerbeordnung, gegründet werden und dieselben gesetzlich einzuführen. Punkt 7, Abschaffung der Akkordarbeit, zog eine längere Diskussion hervor. Es beteiligten sich daran Kohlmann, Weber (Magdeburg), Schäpler (Berlin), Glieneke, Winter (Hamburg), Köhler (Halle), und wurde den durch die Akkordarbeit hervorgerufenen Schäden dementsprechend in einer von den Berliner Delegierten eingebrachten Resolution Ausdruck gegeben. Resolution: Der erste Kongress preussischer Staats-Eisenbahnarbeiter beschließt, den hohen Reichstag folgende Resolution zu unterbreiten: In Erwägung, daß die Akkordarbeit die körperliche Kraft des Arbeiters vollständig ruiniert und selbst der staatliche Arbeitgeber dadurch geschädigt wird, indem durch dieses Akkordsystem die allgemeine Puscharbeit gefördert, der Arbeiter demoralisiert und Uneinigkeit unter denselben hervorgerufen wird, fernerhin wird dadurch ein Lohnsystem erzielt, welches zu großen Unzuträglichkeiten führt; in weiterer Erwägung, daß durch die niedrigen Akkordpreise der Arbeiter nicht die Zeit bleibt, etwaigen angebrachten Schutzvorrichtungen genügende Aufmerksamkeit zuzuführen und auf Grund dessen mehrfache Unfälle hervorgerufen werden, ist der Kongress davon überzeugt, daß durch einen den Verhältnissen entsprechenden angemessenen Lohn, welchen man den Arbeitern gewährt, eine kulturfördernde Produktionsweise und eine kräftige Arbeiterschaft herangebildet wird, ersucht der Kongress den hohen Reichstag, die Akkordarbeit zu beseitigen und dieses gesetzlich einzuführen.

Punkt 8, Abschaffung des Kolonnen-systems wurde beantragt abgesehen und wurde dieser Antrag gegen die Stimmen Schäpler und Köhler (Berlin) angenommen.

Hierauf beantragte der Delegierte Weber (Magdeburg) eine einstündige Mittagspause und wurde demselben zugestimmt.

Wiederoeffnung 2 Uhr 10 Minuten. Zu Punkt 9, Verschiedenes wurde vom Delegierten Köhler (Halle) eine Resolution eingebracht. Dieselbe lautet: Resolution: In Erwägung, daß in den königlichen Bahnbetrieben vielfach Maßregelungen stattgefunden haben, daß Arbeiter entlassen

wurden, welche bis zu 10 Jahre und länger darin beschäftigt waren, indem dieselben nur für Besserstellung der materiellen Lage sämtlicher Eisenbahnarbeiter eintreten, welches durch das Koalitionsrecht (§ 152 der Gewerbeordnung) gewährleistet ist, beschließt der Kongress, den Minister für öffentliche Arbeiten zu ersuchen, die stattgefundenen Maßregelungen zurückzunehmen und die davon Betroffenen wieder in Arbeit zu stellen. Vorstehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, dahingehend, einen Ausschuss einzusetzen, der in Berlin seinen Sitz haben soll, um die Agitation durch ganz Deutschland zu betreiben, eventuell Lohnindifferenzen resp. etwaige Arbeitseinstellungen in regelhafter Weise, die Delegierten mögen treu und fest zur Arbeiterfrage halten und die bereits beschrittene Bahn weiter zu verfolgen. Mit einem dreifachen Hoch auf die gesamte Eisenbahnarbeiterchaft Deutschlands, worin alle Delegierte einstimmig eintraten, schloß der Vorsitzende Kohlmann-Magdeburg um 6 Uhr Abends die Verhandlungen.

Große Schneiderversammlung der Freien Vereinigung der Schneider Berlins am Montag Abend bei May, Venthstraße. Die interessante Tagesordnung: "Die Regierungsverordnung zur Gewerbeordnung", Referent Herr Reichstagsabgeordneter August Dreßbach-Mannheim, hatte lange schon vor Beginn der Tagesordnung den umfangreichen Saal mit Fachgenossen dicht gefüllt. Referent entledigte sich seiner Aufgabe in meisterhafter Weise. Er führte im wesentlichen folgendes aus: Seit Jahren schon sei es namentlich Wunsch der Arbeitnehmer, an Stelle der juristisch noch immer in Gewerbebestimmungen stehenden ordentlichen Gerichte eigene Gewerbe-Schiedsgerichte gesetzt zu sehen. Die Berechtigung ein solches Gericht zu erhalten, sei schon seit dem Jahre 1869 in § 120 der Gewerbeordnung gegeben, in dem es heiße, daß auf Wunsch der Beteiligten an Stelle des gewöhnlichen ein eigenes Schiedsgericht treten könne. Von diesem Gesetz ist denn auch thatsächlich in verschiedenen Städten Deutschlands schon Gebrauch gemacht worden. Trotzdem habe sich im Allgemeinen das Gewerbe-Schiedsgericht noch immer nicht den Eingang errungen, den man wohl habe erwarten können. Schuld daran seien nicht die Arbeiter, sondern sowohl die Kommunal- als Staatsbehörden. Eigenthümlich müsse es doch sein, wenn die Staatsregierung ihre Weigerung damit motiviere, daß die Gemeindebehörden sich unklug über die Form des Schiedsgerichts und über die Frage, wo dasselbe angebracht und wo nicht, gewirkt. Es liege einfach an der Staatsbehörde, daß es auch in Berlin noch immer an einem derartigen Gerichte fehle. Diesem Uebelstand soll ein Ende gemacht werden und man hofft, daß auf Grund der zu besprechenden Vorlage, wenn dieselbe Gesetzkraft erlangt haben wird, die Errichtung der Gewerbe-Schiedsgerichte in weit größerem Maße vor sich gehen werde als dies bisher der Fall gewesen. Doch auch der gegenwärtig vorliegende Entwurf lasse so große Mängel erkennen, daß es noch fraglich sei, ob derselbe die Zustimmung der Reichstagsabgeordneten der Arbeiterpartei finden werde. Denn was an reaktionären Bestimmungen jemals noch gefehlt, sei in diesem Entwurf enthalten. Referent legte darauf in eingehender Weise, oftmals von stürmischem Beifall der Versammelten unterbrochen, die Hauptgründe der 75 Paragraphen des Entwurfs dar, welcher am 9. Juni in den beiden Lesungen der Kommission, zu welcher bekanntlich neben dem Herrn Referenten auch Herr Zuhauer gehört, durchberathen worden. Wenn man erwartet habe, daß nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre wenigstens dafür gesorgt worden wäre, daß Schiedsgerichte nicht erst dann errichtet würden, wenn es den Magistratsherren beliebt, sondern daß ein gewisser Zwang, eine obligatorische Einführung stattfinden würde, so habe auch darin der Entwurf die Hoffenden bitter enttäuscht. "Nöthen" und "kann" sei das Bezeichnende in dem Entwurf. Nirgends ein bestimmtes "Muss". Trotz aller angewandten Mühe der sozialdemokratischen Mitglieder der Verathungskommission Dreßbach und Zuhauer wurden dieselben von der Mehrheit überstimmt und namentlich die Vertreter des Zentrums seien in allen reaktionären Bestimmungen der Regierung im Schnelllauf entgegengekommen. Doch werde der betreffende Antrag von neuem bei den Beratungen im Plenum gestellt werden. Auch die Hausindustriellen sollen auf Bemühen der Arbeitervertreter in dem Gesetz mit inbegriffen sein. In Bezug auf die kaufmännischen Angestellten habe man dies nicht zu erreichen vermocht. Die einschneidende Bestimmung sei indessen, daß zum Amt eines Beisizers die Erreichung des dreißigsten Lebensjahres erforderlich sei. Zur Wahl sei die Erreichung des 25. Jahres genügend. Dies und die Bestimmung, daß ein Wahlberechtigter 2 Jahre lang an dem Orte der Wahl ununterbrochen anwesend gewesen, seien die einschneidendsten Bestimmungen des Entwurfs, an denen gar leicht die ganze Annahme desselben scheitern könne. Denn welcher jüngere Arbeiter wechsele heut zu Tage nicht oft seinen Wohnort, der Noth gehorcht, nicht dem eigenen Triebe? Auch die Bestimmung, daß wahlberechtigt nur sein könne, wer in den letzten drei Jahren vor der Wahl Armenunterstützung nicht empfangen, sei nicht zu billigen. Mancher braver Arbeiter könne gar leicht in die Lage kommen, ohne Schuld Armenunterstützung empfangen zu müssen. Die Wahl der zur Hälfte aus Arbeitern, zur andern aus Arbeitgebern bestehenden Beisitzer ist, wiederum Dank der Bestrebungen der Arbeitervertreter, unmittelbar und geheim. Die Beisitzer können von 1 bis zu 6 Jahren gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. In der Bestimmung, daß die Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden bedürftig, habe man ebenfalls einen unbedingten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht erblickt. Denn von der Unparteilichkeit derartig höherer Behörden habe man auf Grund anderweitiger Erfahrungen keine hohe Meinung. Entschädigung für das Amt wird ein Arbeiter und Arbeitgeber gezahlt und ist die Zurückweisung derselben unstatthaft. Daß man in Deutschland auf dem Wege der Frauenemanzipation noch recht weit zurück liege, zeigt die Annahme der Bestimmung über den Ausschluß der unter ganz denselben Bedingungen wie die Männer arbeitenden weiblichen Arbeiter von dem aktiven sowohl als passiven Wahlrecht. In Frankfurt a. M. haben dieselben schon das aktive und in Leipzig auch das passive Wahlrecht. Die Arbeiter im Unterraum beschwerten oft die Arbeiter in der Höhe durch Zielbewußtsein und energisches Auftreten. Bei dem Verfahren vor Gericht sollen alle Rechts- und Linksanwälte ausgeschlossen sein. Sonst würde in der Regel der Arbeitgeber mit, der mit den juristischen Hülsen und Kniffen, die zum Verderb des Rechtsbewußtseins so tief in das Gerichtsverfahren eingedrungen seien, nicht vertraute Arbeiter ohne Anwalt an Gerichtsstelle erscheinen. Die Verurteilung ist nur nach Beträgen über 100 M. zulässig. Bis dahin entscheidet kompetent das Schiedsgericht. Und dies sei wichtig. Wenige Arbeiter nur seien in der Lage, Monate lang zu warten und einen langen anstrengenden Prozeß zu führen. Von der Thätigkeit des Schiedsgerichts als Einigungsamt bei Streiks habe man sich in Regierungskreisen große Hoffnungen gemacht. Laut dem Regierungsentwurf sollen die angeführten Bedingungen keine Anwendung finden auf Streitigkeiten in der Reichsdruckerei, den Münzen, den Militär- und Marine-Anlagen, sowie den bei den Staats-Eisenbahnen beschäftigten Personen. Die Vertreter der Arbeiter haben dagegen lebhaft protestirt und betont, entweder das Gesetz sei wohlthätig und dann müßten seine Vortheile allen Arbeitern zu Gute kommen, oder es laugt nichts. Dann habe man sich nicht so lange mit demselben aufhalten brauchen. In

dieser gegenwärtigen Form sei indessen das ganze Gesetz ein Meßes ohne Stiel, dem die Klinge fehle, ein Topf ohne Henkel, der durchlöchert sei. Wollte man laut den kaiserlichen Erlässen sozialreformatorisch thätig sein, dürfe man nicht zurückgehen, sonst würde bei den Arbeitern anstatt Vertrauen berechtigtes Mißtrauen Platz greifen. Werde es den Sozialdemokraten gelingen, die zweijährige Aufenthaltsdauer aus dem Gesetz herauszubringen und das Alter der Wählenden vom 25. auf das 21. Lebensjahr zurückzuführen, würden die Arbeitervertreter für das, wenn auch noch mangelhafte, doch einen Fortschritt darstellende Gesetz stimmen. Gelingt dies nicht, dann gebiete es immer die Ehre, dagegen zu stimmen und wenn dann trotzdem das Gesetz auch angenommen werde, solle dies doch nicht mit Hilfe der Arbeiter geschehen sein! — (Reicher Beifall.)

Die Schriftgießer hielten am 6. Juni eine Versammlung ab, um den Bericht der Kommission über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegenzunehmen. Aus demselben geht hervor, daß die Situation unverändert ist. Die Prinzipale wollen noch immer nicht mit der von den Gehilfen beauftragten Kommission verhandeln. Sie gehören zu jener Kategorie, die auch vom Deutschen Buchdruckerverein in Nummer 23 der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker belämpft wird, wo darauf hingewiesen wird, was für Zustände geschaffen werden von denjenigen Prinzipalen, die von Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts wissen wollen und ihr Heil in einer Entlohnung nach Belieben jedes Einzelnen erblicken. Solche Zustände könne nur gut heißen, der da handelt nach dem Grundsatz "Nach uns die Sündfluth". Ehrenpflicht der Gehilfen sei es, hiergegen anzukämpfen. Die Berliner Schriftgießer, welche in diesen Kampf eingetreten sind, werden von allen auswärtigen Kollegen unterstützt, von überall her kommen Zustimmungsbriefe. An allen Orten weit über die Grenzen Deutschlands hinaus sind regelmäßige Sammlungen eingeführt und bereits über 1000 M. eingegangen. Alles steht jetzt auf Berlin, halten wir aus bis auf den letzten Mann!

Inzwischen zeigen die Herren Prinzipale, wie sie zur Hebung des Gewerbes beizutragen verstehen, indem Mädchen und Arbeitsleute von der Straße heringeht und an der Maschine "angelern" werden; die Streikenden sehen dem ruhig zu, denn sie wissen, welche Schwierigkeiten der gelernte Arbeiter zu überwinden hat, um taugliche Arbeit zu liefern. Wenn nun die Faktoren in Gesellschaft der vereinzelt stehenden geliebten Stämper noch Andere anlernen, so hat es weiter keinen Zweck, als daß der Prinzipal sein Geld zum Fenster hinauswirft. Je mehr Arbeitsleute eingestellt werden, desto größer ist der Verlust, denn die Leute verlangen ihr Geld und liefern ungenügende Arbeit.

Sobald dem Prinzipal der Verlust groß genug erscheint, wird er ganz von selbst mit diesem System brechen, dabei kann es kommen, daß der Faktor, wie schon in früheren Fällen geschehen, als der Schuldige an dem Mißlingen, mit hinausgeworfen wird.

Unsere Faktoren sind zum Theil gar nicht im Stande, durch Arbeiten sich zu ernähren, ihre Unfähigkeit hat sie veranlaßt, sich eine Position zu verschaffen, wo es nicht auf Kenntnis, sondern darauf ankommt, als Antreiber möglichst brutal aufzutreten. Bis jetzt habe man gegen die Faktoren viel zu große Rücksicht genommen und ruhig mit angesehen, wie durch verkehrte Anordnungen in Folge der Unkenntnis der Faktoren riesige Summen verloren gingen, in Zukunft werde man solche Vorkommnisse aus Tageslicht ziehen, die neueste verkehrte Anordnung ist das Anlernen von fremden Arbeitsträften. Jeder Gehilfe weiß, daß eine lange Zeit erforderlich ist, ehe der Lernende im Stande ist zu wissen, ob die Arbeit zu gebrauchen ist oder nicht. Was man den jungen Gehilfen nach vierjähriger Lehrzeit nicht anzuvertrauen wagt, will man jetzt mit auf der Straße ausgelesene Menschen vollbringen. Ein solches Beginnen ist der beste Beweis für die Unwissenheit der in den Gießereien Zurückgebliebenen. Dieselben haben bereits ihre Unfähigkeit durch eine Verleumdung zu verdecken gesucht, indem sie behaupten, die Maschinen seien verstellt und verbogen, so daß sie nichts Brauchbares liefern könnten.

Der Prinzipalsring hat sich verpflichtet, den Normaltarif nicht zur Einführung kommen zu lassen, dieser Ring, welcher trotz aller Abmachungen nicht im Stande ist zu verhindern, daß eine Firma der andern die Arbeiten um einige Tausend Mark billiger weggeschneppst, wird auch ebensowenig gegen die Einführung des Normaltarifs ausrichten. In der vorigen Nummer der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker findet sich ein Artikel über den Streik der Berliner Schriftgießer, worin gesagt wird, der Normaltarif sei wegen der Verkürzung der Arbeitszeit unannehmbar, die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt für Berlin 15-30 Minuten. Ferner wird in dem Artikel behauptet, die Hamburger Gehilfen hätten den Normaltarif als zu hoch abgelehnt, thatsächlich weist der Normaltarif aber niedrigere Positionen aus, wodurch sich die Hamburger verschlechtert würden, deshalb wollen dieselben ihren besseren Tarif beibehalten. Dann folgt eine Lohnliste, der man auf den ersten Blick anseht, daß dieselbe nur Mache ist, es sind nur die günstigsten Wochen, bei dem Einen soviel, bei dem Andern soviel herangezogen worden, auch sind diese Löhne nicht bei neunständiger Arbeitszeit erreicht, denn die Nachfeierabendarbeit war in Berlin in Permanenz erklärt.

Die Kommission hat zur Nichtigstellung ein Flugblatt in 5000 Exemplaren drucken lassen, welches an alle tarifreuen Druckereien zur Versendung gelangt. Alle Mittel werden in Anwendung gebracht werden; je länger sich der Streik hinzieht, um so schärfere Waffen werden genommen. Die Reinhold'sche Gießerei hat ihre Arbeiten in der Berger'schen Gießerei in Leipzig herstellen lassen und infolge dessen ist über letztere Gießerei der partielle Streik verhängt. Die Gehilfen kämpfen für eine gerechte Sache und wo sie überall die Aufgabe der Unterstützung erhalten, wird sich zeigen, ob die Macht des Kapitals im Stande ist, ein von so vielen Seiten als gerecht anerkanntes Bestreben der Gehilfen, mit den Prinzipalen auf einheitlicher Grundlage ihre Arbeitsbedingungen zu regeln, zu verhindern. Die Einigkeit der Kollegen werde den Sieg herbeiführen. Eine Resolution, dahin lautend: an den bis jetzt gefassten Beschlüssen festzuhalten, wird einstimmig angenommen. Der Versammlung wird die Mittheilung, daß auf die Einreichung des Status der Vereinigung der Schriftgießer Deutschlands der Bescheid gekommen sei, daß diese Vereinigung sowie das Statut genau wie der A. B. D. B. einzureichen sei. Es wäre also ein kostspieliger und umständlicher Apparat zu schaffen, wie es nicht die Absicht des Delegirtenages gewesen sei, da wir eine solche Organisation in der der Buchdrucker besitzen; man werde sich auf eine andere Weise einzurichten müssen, vielleicht durch Bildung eines Agitationssomitees, welches die Zentralleitung der Schriftgießer Deutschlands zu führen habe.

Hierauf wird die Unterstützungfrage der Arbeiterinnen angegriffen. Zu Anfang des Streiks habe die Absicht bestanden, alle zu unterstützen, wenn sie sofort aufhörten, leider seien die Hülfsarbeiter nicht darauf eingegangen, und jetzt, nachdem sie nichts mehr zu thun haben, kommen sie oder werden uns vielmehr von den Prinzipalen zugeschießt, damit wir diesen ihnen jetzt unbecomem werdenden Ballast abnehmen. Die Versammlung lehnt die Unterstützung ab.

Den jungen Kollegen wird aufgegeben, so viel wie möglich abzureisen, um den Ort zu verlassen, auswärts sehe man der Ankunft derselben bereits entgegen, um durch mündliche Berichte von unserer Bewegung möglichst ausführlich unterrichtet zu sein. Zum 8. Punkt: Wie stellen wir uns zur Zentral-Streik-Kontroll-Kommission? Wird angeführt, daß dieselbe dazu eingesetzt werden soll, um die Lohnbewegung der verschiedenen Gewerbe zu regeln und Streiks, welche von vornherein aussichtslos erscheinen, zu vermeiden. Es sollen durch dieselbe die Verhältnisse geprüft und die in der Lohnbewegung eintretende Gewerkschaft von der gesammten Arbeiterschaft unterstützt werden. Als Delegirter in die Kommission wird Th. Grob gewählt. In einem Schlusswort ruft der Vorsitzende die Anwesenden auf, an dem einstimmig gefassten Beschlüsse festzuhalten. Mit einem Hoch auf den Sieg unserer gerechten Sache schließt die Versammlung.